

Kurzmeldungen 11/22 - 3/23

Krieg in der Ukraine

Die russische Armee hat ihre Frühjahrsoffensive im Ukrainekrieg gestartet. Es tobt ein blutiger Abnutzungskrieg im Osten in Bachmut und Krasna Hora. Die Armeen versuchen sich gegenseitig große Verluste beizubringen. Der Kampf in Ortschaften ist für die Ukraine einfacher. Im offenen Feld hat die russische Armee mit ihren Schützen- und Kampfpanzern und ihrer Artillerie einen Feuerkraftvorteil. Das Donezker Gebiet, ist als Schwerindustrieregion eher dicht besiedelt. Die ukrainische Armee hat ein akutes Munitionsproblem.

Russland hat mit einer Teilmobilisierung viele neue Soldaten in den Krieg geschickt. Putins Armee hat große Verluste erlitten, aber Russland kann in Teilen schweres Gerät schneller nachproduzieren, als die Ukraine es vom Westen geliefert bekommt. Das gleicht aber nicht die Verluste Russlands aus.

Putin setzt noch immer auf einen Maximalsieg. Damit sind nun eine russische Niederlage und das Überleben der Ukraine zwei identische Ziele. Im Westen hat man sich darauf verlassen, daß die Sanktionen gegen Russland schnell greifen und die Russen aus der Kriegsanstrengung herauswerfen. Wenn man sich die Produktionszahlen der russischen Rüstungswirtschaft anschaut, ist das aber nicht der Fall. Die Sprengköpfe für Artilleriegranaten kommen aus Nordkorea oder aus China über die nordkoreanische Grenze. Es lässt sich deutlich auf dem Gefechtsfeld erkennen, daß der Verschleiß an modernen Waffensystemen und Raketen auch bei der russischen Armee sehr hoch ist. Deswegen werden die Bestände weniger und die Angriffsintervalle erhöhen sich. Bei der Munition für Granatwerfer und Artillerie gab es seit Kriegsbeginn jedoch kaum einen Abfall bei der Feuerintensität. Da kommt Unterstützung für Putin aus dem Ausland.

Quelle: Interview mit Gustav Gressel, European Council On Foreign Relations (ECFR)
https://www.t-online.de/nachrichten/ukraine/id_100126792/ukraine-krieg-putins-truppen-beissen-sich-die-zaehne-aus-.html 11.2.23

Wenn die Ukraine Langstreckenwaffen geliefert bekommen würde, wäre sie in der Lage die Krim bis Ende August zu befreien. „Die Krim ist der entscheidende Teil, der Donbass kommt danach. Die Ukraine wird nie sicher sein, solange russische Truppen auf der Krim sind.“ sagt der ehemalige US-General Ben Hodges. Hodges war von 2014 bis 2017 Kommandeur der US-Landstreitkräfte in Europa.

„Die russische Luftwaffe war nicht ein einziges Mal im gesamten vergangenen Jahr in der Lage, auch nur einen einzigen Zug oder Konvoi zu zerstören, der Militärgüter aus Polen in die Ukraine brachte. Die Schwarzmeer-Flotte versteckt sich geradezu in Sewastopol. Sie haben Angst, sich der ukrainischen Küste auch nur zu nähern, obwohl die Ukraine nicht einmal eine Marine haben.“ Eine halbe Million Männer im wehrfähigen Alter verließ Russland, um nicht eingezogen zu werden. Sie wollen diesen Kampf nicht. Russland verliert jeden Tag Hunderte Soldaten. Es sind vor allem die Menschen im Hinterland, die den Preis zahlen.

Quelle: https://www.n-tv.de/politik/lch-sehe-kein-Licht-am-Horizont-fuer-Russland-article23934048.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE 22.2.23

Um die Munitionslieferungen an die Ukraine zu beschleunigen, schlägt der EU-Chefdiplomat Josep Borrell vor, eine zusätzliche Milliarde Euro für die Ankurbelung der Munitionsproduktion in Europa zu verwenden. Die westlichen Verbündeten der Ukraine bemühen sich, die Lieferungen von 155-Millimeter-Granaten zu erhöhen.

Nach Schätzungen der EU setzen die ukrainischen Streitkräfte täglich bis zu 7.000 Granaten ein und liefern sich in der Umgebung von Bachmut schwere, zermürbende Gefechte mit Haubitzen, während die russischen Truppen rund 50.000 Granaten abfeuern. In einem Papier des diplomatischen Dienstes der EU (EAD), der Europäischen Kommission und der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) wird ein dreigleisiger Plan vorgeschlagen, um Defizite zu beheben, die Munitionsproduktion in der gesamten Union anzukurbeln und die Aufstockung der eigenen Bestände der Mitgliedstaaten zu unterstützen.

Als ersten Schritt schlägt die EU vor, zusätzlich 1 Milliarde Euro an gemeinsamen Mitteln zu verwenden, um die Mitgliedstaaten dazu zu bewegen, ihre Bestände der Ukraine sofort zur Verfügung zu stellen. Hierbei liegt der Fokus insbesondere auf 155-mm-Artilleriegranaten. Das Geld stammt aus der Europäischen Friedensfazilität (EPF) der EU, die seit Beginn der Invasion im vergangenen Februar bereits 3,6 Milliarden Euro für die Bewaffnung der Ukraine bereitgestellt hat. Im Dezember einigten sich die Mitgliedstaaten darauf, die finanzielle Obergrenze des zwischenstaatlichen Fonds bis 2023 um 2 Milliarden Euro anzuheben.

Dies würde der Industrie „ein klares Nachfragesignal senden, das sie in die Lage versetzen würde, ihre Produktionskapazitäten in geordneter und dauerhafter Weise in ganz Europa hochzufahren.

Quelle: <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-will-munitionsproduktion-fuer-ukraine-deutlich-ankurbeln/> 2.3.23

Russland wäre viel zu groß gewesen, um in die EU aufgenommen zu werden. Die Lösung war: wir verflochten unsere Wirtschaftskreisläufe. Wir brauchen Rohstoffe und Energieträger und von uns bekommt ihr Technologie. Eigentlich eine Win-Win-Situation in ökonomischer Hinsicht, aber auch ein politisches Modell, um weiterhin auf einen funktionierenden Wirtschaftsaustausch zu setzen.

Quelle: Herfried Münkler: Vortrag Ukraine, Krieg, neue Weltordnung vor der Katholischen Akademie in Bayern am 15.09.2022 <https://www.youtube.com/watch?v=Eh0v-n95BBA>

Dieser Krieg wird inzwischen von Russland wird als ein Ermattungskrieg geführt. Es gab in den letzten Jahrzehnten in Europa keine Staatskriege mehr. Daß eine einstige Supermacht als nuklear bewaffneter Akteur, einen solchen Krieg in Europa beginnt, hat man nicht geglaubt.

Wir haben es hier mit einem Keil der Kriegsgewalt und Kriegserfahrung vom Kaukasus über die Türkei bis nach Bosnien-Herzegowina zu tun. Der Krieg hört erst nach einem wirklichen Regimewechsel in Russland auf. Dafür müssen aber die Russen einsehen, daß sie ihre Kriegsziele nicht erreichen können, weil die Ukraine nachhaltigen Widerstand leistet. Was wir im Donbass sehen, erinnert an die Westfront des Ersten Weltkrieges. Es gab keine großen Geländeänderungen, aber ungeheuer viele gefallene Soldaten. Der Aufruf von Alice Schwarzer ist ein Votum für den Unterwerfungspazifismus.

Quelle: NOZ, 22.2.23 Interview mit Herfried Münkler <https://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/herfried-muenkler-zyniker-putin-kommt-man-nicht-mit-moral-bei-44169768>

Die Panzerlieferungen an die Ukraine ist eine militärische Eskalation. Das könnte eine Eigendynamik entwickeln, die wir nicht mehr steuern können. Wir haben eine Patt-Situation, die wir aber militärisch nicht lösen können. Das ist auch die Meinung des amerikanischen Generalstabschefs Mark Milley. Er sagte, daß ein militärischer Sieg der Ukraine nicht zu erwarten sei. Mittlerweile sind auf beiden Seiten annähernd 200.000 Soldaten gefallen oder verwundet, mit 50.000 zivilen Toten und mit Millionen von

Flüchtlingen. Milley hat damit eine Parallele zum Ersten Weltkrieg gezogen. Wir erleben weitgehend eine Gleichschaltung der Medien zur medialen Meinungsbildung.

Vad schreibt: Mir hat der Kurs des Kanzlers in den letzten Monaten gefallen. Aber Grüne, FDP und die bürgerliche Opposition machen dermaßen Druck, daß der Kanzler das kaum noch auffangen kann. Daß Putin nicht verhandeln will, ist unglaublich.

Beide, die Russen und Ukrainer waren am Anfang des Krieges Ende März, Anfang April 2022 zu einer Friedensvereinbarung bereit. Daraus ist dann nichts geworden. Das bedeutet die weitere Zerstörung der Ukraine. Es sei lächerlich zu sagen, die Ukraine müsse das entscheiden.

Militärische Operationen müssen immer an den Versuch gekoppelt werden, politische Lösungen herbeizuführen. Der Schlüssel für eine Lösung des Krieges liegt in Washington und Moskau. Dieser Krieg war anfangs nur eine innenpolitische Auseinandersetzung der Ukraine. Es ist auch ein Kampf um die Unabhängigkeit der Ukraine und ihrer territorialen Integrität. Das ist alles richtig. Aber es ist auch ein Stellvertreter-Krieg zwischen den USA und Russland, und da geht es um ganz konkrete geopolitische Interessen in der Schwarzmeerregion. Die Schwarzmeerregion ist für die Russen und ihre Schwarzmeerflotte so wichtig wie die Karibik oder die Region um Panama für die USA. Die Russen brauchen eine Sicherheitsgarantie. Also keine Nato-Mitgliedschaft für die Ukraine. Seit dem Gipfel von Bukarest von 2008 ist klar, daß das die rote Linie der Russen ist. Wenn das Ziel eine unabhängige Ukraine ist, muss man sich perspektivisch auch die Frage stellen, wie eine europäische Ordnung unter Einbeziehung Russlands aussehen soll. Russland wird ja nicht einfach von der Landkarte verschwinden.

Wir müssen vermeiden, die Russen in die Arme der Chinesen zu treiben, und damit die multipolare Ordnung zu unseren Ungunsten zu verschieben. Wir brauchen Russland auch als Führungsmacht eines Vielvölkerstaates, um aufflammende Kämpfe und Kriege zu vermeiden. Und ehrlich gesagt sehe ich nicht, daß die Ukraine Mitglied der EU und erst recht nicht Mitglied der Nato wird. Es muss sich in Washington eine breitere Front für Frieden aufbauen.

Quelle: Emma, 12.1.23, Interview mit Ex-Brigade-General Erich Vad, militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel

Die russische Rüstungsindustrie wurde bereits nach der Annexion der Krim 2014 mit Sanktionen belegt. Ein Großteil der Rüstungsimporte wurde danach in der Türkei umgeschlagen. Auch die Importe aus China haben über Luftfracht und auf dem Seeweg zugenommen. Seit einigen Wochen rückt Hongkong als Abwicklungsplatz für Finanztransaktionen in den Fokus, nachdem fast alle russischen Banken vom Bankensystem Swift abgekoppelt wurden. Die russische Rüstungsindustrie lässt sich durch Sanktionen nicht stoppen, aber verlangsamen. Es wird jetzt viel mit Behelfslösungen gearbeitet.

Derzeit wird in der Ukraine mehr modernes Kriegsgerät zerstört, als Russland nachproduzieren kann. In den russischen Depots befindet sich aber noch viel altes Material,

https://www.rnd.de/politik/russland-wie-moskau-heimlich-die-sanktionen-fuer-die-waffenindustrie-umgeht-JBAMCOOR4BAHFGWRI7MJMQCMJU.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE 31.1.23

Leopard-1-Panzer

In der Flensburger Fahrzeugbaugesellschaft (FFG). sollen 60 Jahre alte Leopard-1-Panzer wieder kriegstauglich gemacht werden. Die Panzer wurden von der Firma zum Schrottwert

von 13.000 Euro pro Stück gekauft. Der Leopard 1 ist mit seinen 42 Tonnen Gesamtgewicht deutlich leichter als das Nachfolgemodell und dadurch flexibler einsetzbar. Quelle: https://www.focus.de/finanzen/nur-13-000-euro-pro-stueck-mit-schrottpanzern-wittert-ein-deutsches-unternehmen-das-grosse-geschaeft_id_186453971.html , 23.2.23

Friedensverhandlungen

Der ehemalige israelische Ministerpräsident Naftali Bennett widerspricht der von Russland unterstützten Behauptung, die USA hätten ein Friedensabkommen für die Ukraine blockiert und sagte, die Gespräche seien wegen der russischen Kriegsverbrechen gescheitert. Einige Monate vor dem Krieg Russland, wo er Putin eine Bitte von Selensky um ein Treffen übermittelte sagte Putin: "Sie sind Nazis, sie sind Kriegstreiber, ich werde mich nicht mit ihm treffen". Nach Ausbruch des Krieges im Februar 2022 versuchte Bennett nach eigenen Angaben erneut, als Vermittler zwischen Putin und Selensky zu fungieren. „Zu der Zeit gab ich dem Ganzen eine etwa 50%ige Chance. Die Amerikaner waren der Meinung, daß die Chancen viel geringer waren.“

"Alles, was ich tat, war bis ins kleinste Detail mit den USA, Deutschland und Frankreich abgestimmt", sagte er. Er merkte jedoch an, daß einige es für besser hielten, "Putin weiter zu schlagen".

Quelle: <https://www.businessinsider.com/israel-bennett-walks-back-claim-west-blocked-ukraine-russia-peace-deal-2023-2> 8.2.23

Evangelische Friedensarbeit ruft zu Friedensverhandlungen auf

Christen dürfen nicht hinnehmen, daß Menschen in Kriegen sterben und zur Flucht gezwungen werden. Der EKD-Friedensbeauftragte Landesbischof Friedrich Kramer nannte es „unerträglich“, daß auch nach fast zwölf Monaten mitten in Europa immer noch ein imperialer Angriffskrieg tobe, dem immer mehr Menschen zum Opfer fallen würden. „Wir sind nicht im Krieg mit Russland. Und ich halte es für gefährlich, sich in einen Krieg hineinzureden.“ Mit der Lieferung von schweren Kampfpanzern durch den Westen sieht Landesbischof Friedrich Kramer eine neue Eskalationsstufe mit unwägbareren Folgen erreicht.

Bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe hätten die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen aber auch die Regierungen der Welt zur friedlichen Konfliktbewältigung und von Versöhnungsprozessen aufgerufen.

Quelle: Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD <http://www.evangelische-friedensarbeit.de> 6.2.23

Nord-Stream-Pipeline

Der amerikanische Enthüllungsjournalist Seymour Hersh hat die USA dafür verantwortlich gemacht, die Nord-Stream-Pipelines im September 2022 gesprengt zu haben. Danach soll die US-Marine die Sabotage mit Hilfe Norwegens durchgeführt haben. Die Regierungen dieser Staaten haben das dementiert. Andere Journalisten, die das überprüften, haben nicht die beschriebenen Schiffs- und Flugzeugbewegungen feststellen können. Hersh deckte im Vietnamkrieg das Massaker von My Lai und im Irakkrieg den Skandal um Folterungen die von Gefangenen auf.

Der USA-Außenminister Tony Blinken sagte nach dem Bombenanschlag im September in einer Pressekonferenz: "Es ist gut, daß Russland nun nicht mehr in der Lage sein wird, Gas als Waffe einzusetzen".

Es gibt zwei Lecks auf schwedischem und zwei auf dänischem Gebiet. Die Seismogramme der Explosionen um zwei Uhr morgens und um 19 Uhr zeigen, daß eine Sprengwirkung von mehreren Hundert Kilogramm TNT eingesetzt wurde. Zu dem

Sprengbild würden Grundminen passen. Plausibler erscheint daher ein U-Boot, das Minen dorthin verbracht haben könnte.

Einem russischen Medienbericht zufolge könnte ein US-Hubschrauber an den Lecks in den beiden Gas-Pipelines Nord Stream 1 und 2 beteiligt sein. „Der Mehrzweck-Helikopter MH-60R Strike Hawk hat neun Stunden lang - von 19:30 Moskauer Zeit am Sonntag dem 25. September bis 4:30 Uhr Moskauer Zeit am Montag dem 26. September über der Ostsee gekreist; etwa 250 Kilometer von der dänischen Insel Bornholm entfernt, wo der Gasaustritt festgestellt wurde“, schrieb die Internetzeitung lenta.ru unter Berufung auf Daten von Flightradar. Nach einem Frontal 21-Bericht haben sich ein deutsches Marine-Aufklärungsschiff und den Öltanker Minerva Julie in diesem Zeitraum dort aufgehalten. Die Tagesschau berichtete von deutschen Ermittlungsergebnissen, nach denen auf einem verlassenen Segelboot (das sich auch in diesem Gebiet befand) Sprengstoffspuren festgestellt wurden. Es wurde spekuliert, daß es sich dabei um ukrainische Terroristen handeln könnte. Gleichzeitig berichtete auch die NY Times darüber.

Quelle: Seymour Hersch, 22.2.23, <https://www.telepolis.de/features/Seymour-Hersch-Interview-Der-US-Praesident-wird-es-zugeben-muessen-7522762.html?seite=all>
Artikel von Seymour Hersh "How America Took Out The Nord Stream Pipeline" in Kooperation mit Democracy Now

<https://www.tagesschau.de/faktenfinder/nord-stream-explosionen-hersh-101.html> 23.2.23

<https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/nord-stream-putin-spricht-von-terroranschlag-gegen-nord-stream-8687140.html> 30.9.22

<https://www.tagesschau.de/multimedia/video/video-1165351~player.html>

Wehrtechnik-Experte analysiert Drohnen-Bilder der Pipeline-Sprengung

https://www.youtube.com/watch?v=kf_Ilf2e0Ek

Bundestag verurteilt Holodomor als Völkermord

Vor 90 Jahren verhungerten in der Ukraine zur Zeit der Sowjetunion unter der Herrschaft von Diktator Stalin 4 Millionen Menschen. Die Mehrheit der Abgeordneten des Bundestages hat das als Völkermord anerkannt. Holodomor heißt "Mord durch Hunger". In Kasachstan und weiteren Regionen der Sowjetunion gab es weitere Millionen Opfer, die starben, weil Lebensmittel drastisch verknappt und zugleich Reisesperren erlassen wurden. Der Hunger ist nicht durch Missernten verursacht worden. Das Streben der sowjetischen Führung nach Kontrolle über die Bauern sollte zugleich der Unterdrückung der ukrainischen Lebensweise, Sprache und Kultur dienen. Auf den Besitz von Nahrung stand die Todesstrafe. Eltern mussten entscheiden, welches Kind verhungert und welches das letzte Stück Brot erhält. Die Abgeordneten von AfD und Linke hatten sich bei der Abstimmung enthalten.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/holodomor-bundestag-anererkennung-101.html>

30.11.22, <https://dserver.bundestag.de/btd/20/046/2004681.pdf>

Strafgerichtshof: Haftbefehl gegen Putin

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag hat Haftbefehl gegen Russlands Präsidenten Putin erlassen. Das Gericht wirft ihm vor, für die Verschleppung von ukrainischen Kindern verantwortlich zu sein. Die rechtswidrige Deportation von Kindern und Umsiedlungen aus besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation. Nach Angaben der ukrainischen Regierung wurden bis Februar 2023 mehr als 16.000 Kinder aus der Ukraine nach Russland oder in russisch kontrollierte Gebiete verschleppt.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/putin-haftbefehl-internationaler-straferichtshof-101.html> 17.3.23

Russland will Weißrussland annectieren

Ein internes Strategiepapier des Kreml, beschreibt Pläne Moskaus für eine schleichende Übernahme des Nachbarlandes Belarus. Westliche Sicherheitskreise halten das Papier für authentisch. Es soll aus dem Sommer 2021 stammen und skizziert den Plan für eine schleichende Annexion bis 2030. Das interne Strategiepapier soll aus einer Unterabteilung der russischen Präsidentialverwaltung stammen.

Eine Verfassungsreform, die im Februar 2022 beschlossen wurde, soll nach russischen Bedingungen vollendet werden. Prorussische Eliten sollen auch in der Wirtschaft, Forschung und der Zivilgesellschaft installiert werden. Russland will seine Militärpräsenz in Belarus ausbauen und ein gemeinsames Kommandosystem über die Streitkräfte schaffen. Das belarusische AKW soll künftig in das Stromnetz des neu geschaffenen "Unionsstaates" integriert werden. Frachtschiffe mit Waren aus oder für Belarus sollen keine baltischen oder polnischen, sondern nur noch russische Häfen anfahren. Es sollen darüber hinaus russische Schulen und Universitäten in Belarus gebaut und belarusische Kinder zu Schulungen in patriotische Zentren nach Russland geschickt werden. Auch kommt Lukaschenkos Kampf gegen die belarusische Sprache und Kultur den russischen Plänen zugute. Wer eine Stadtführung auf belarusisch abhält, riskiert schon jetzt mindestens eine Festnahme.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-belarus-kreml-papier-101.html> 21.2.23

Putins Plan für Moldau

Russland verfolgt offensichtlich seit Langem einen Plan in der Republik Moldau. Demnach soll Russlands Präsidentialverwaltung vor dem Angriffskrieg gegen die Ukraine, im Sommer 2021, in einem Strategiepapier festgehalten haben, wie man prorussische Strömungen fördern und gleichzeitig eine West-Orientierung des Landes verhindern wolle. Westliche Sicherheitsexperten halten das Papier für authentisch.

Ein zentrales russisches Ziel für die kommenden zehn Jahre ist zu verhindern, daß sich Moldau weiter an die EU bindet. Gleichzeitig will Moskau das Land in Vereinigungen drängen, die von Russland dominiert werden, wie die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAEU). Unter den Eliten aus Politik und Wirtschaft soll eine "prorussische Stimmung" geschürt werden. Fernunterricht in russischer Sprache soll für moldauische Schüler ausgebaut werden. Russische Universitäten sollen in Moldau ihre Filialen aufmachen.

Es soll in der moldauischen Gesellschaft und politischen Kreisen eine "negative Einstellung gegenüber der NATO" geschaffen werden. Außerdem soll bis dahin eine "breite Präsenz russischer Medien" in Moldau gesichert werden.

Russische Soldaten sind in der selbsternannten Republik Transnistrien seit 1992 stationiert. In Transnistrien liegt das größte Munitionsdepot in Osteuropa. Der abtrünnige Landstreifen mit knapp einer halben Million Einwohner im Osten Moldaus gehört völkerrechtlich zwar zu Moldau. Doch Russland könnte den eingefrorenen Konflikt in der Region als Einfallstor nutzen.

Wie fragil die Situation in Moldau ist, zeigte sich im Februar: Innerhalb weniger Tage flogen russische Raketen über Moldau in die Ukraine. Moskau suche einen Vorwand, um in Transnistrien einzugreifen, um anschließend die gesamte Republik Moldau unter Kontrolle zu bringen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/russland-kreml-strategiepapier-moldau-101.html> 15.3.23

Verteidigungsminister Pistorius reicht das Sondervermögen nicht

100 Milliarden werden nicht reichen, sagte Pistorius. Wir haben mit jedem neuen System auch neue Unterhaltungskosten. Die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, sprach zuletzt von einem Finanzbedarf von 300 Milliarden Euro.

Als Ersatz für das an die Ukraine gelieferte Militärmaterial sollen neue Panzerhaubitzen, Dingo-Transportfahrzeuge und Kampfpanzer gekauft werden.

Verteidigungsminister Boris Pistorius unterstützt auch Forderungen von NATO-Partnern nach einer Verschärfung des Bündnisziels für die Höhe der Verteidigungsausgaben. Er teile die Einschätzung, daß Ausgaben in Höhe von 2% des BIP künftig die Untergrenze sein sollten. 2022 wurde eine Quote von 1,44% erreicht.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/pistorius-sondervermoegen-bundeswehr-101.html> 27.1.23

<https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/pistorius-verteidigungsausgaben-nato-ostflanke-101.html> 15.2.23

Vergiftungen im Iran

Im Iran erkrankten immer mehr Mädchen in Mädchenschulen. So wurden mehr als 800 Mädchen vergiftet. Der erste Fall hatte sich am 30. November 2022 in Qom ereignet, wo sich die Fälle seither häuften. Die Mädchen berichten, daß sie zunächst den Geruch von verfaulem Obst oder von faulen Eiern wahrgenommen haben, bevor Vergiftungssymptome wie Übelkeit, Brechreiz, Kopfschmerzen und Ohnmacht aufgetreten seien. Rettungskräfte haben berichtet, daß auch von ihnen einige in Ohnmacht gefallen seien. Auffällig ist, daß an allen betroffenen Schulen, die mit Überwachungskameras ausgestattet sind, diese zum Zeitpunkt der Vergiftungsattacken ausgeschaltet worden waren. Die Behörden haben die Vorfälle zunächst heruntergespielt. Die Eltern demonstrierten vor Schulen und Regierungsgebäuden.

Quelle: FAZ, 3.3.23

Jetzt sind erneut 20 Schülerinnen mit Atemnot in ein Krankenhaus gebracht worden. Nach offiziellen Angaben waren seit November 2022 mehr als 5.000 Schülerinnen vergiftet worden. Anfang März hatte der Iran gemeldet, mehr als 100 Menschen im Zusammenhang mit den Vergiftungen festgenommen zu haben.

Quelle: FAZ, 5.4.23

Bevölkerungswachstum

Im November 2022 überschritt die Weltbevölkerung laut Berechnungen der Vereinten Nationen die Zahl von 8 Milliarden Menschen. Die Länder mit besonders hohen Geburtenzahlen sind Pakistan, Indien und die Philippinen in Asien sowie Ägypten, Äthiopien, Nigeria, Tansania und Kongo in Afrika. Allein in Subsahara-Afrika wird sich die Bevölkerung bis 2050 voraussichtlich auf zwei Milliarden verdoppeln. In über der Hälfte der afrikanischen Staaten bringt eine Frau im Schnitt mehr als vier Kinder zur Welt. Nirgendwo sonst ist die Jugendgeneration so groß: 42% der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt. Hohe Kinderzahlen hängen in der Regel eng mit einem niedrigen Entwicklungsstand und verbreiteter Armut zusammen.

Länder wie Äthiopien, Senegal und Tunesien haben große Fortschritte in Sachen Gesundheit, Bildung und Gleichberechtigung gemacht, was auch dazu geführt hat, daß dort die Geburtenrate sinkt. Ruanda beispielsweise hat landesweit eine gemeindebasierte Krankenversicherung eingeführt und innerhalb von 10 Jahren 95% seiner Bevölkerung abgesichert – so viele, wie fast nirgendwo in Subsahara-Afrika. Die Regierung bildete 45.000 Ärzte und Pfleger aus

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/zukunft/weltbevoelkerung-ueberschreitet-8-milliarden-marke/> 11.11.22
<https://www.berlin-institut.org/presse/detail/8-milliarden-menschen-8-milliarden-chancen>

Globale Erwärmung treibt Menschen in die Städte

Der Anteil der Stadtbevölkerung hat sich in armen Ländern in heißen Regionen seit 1960 zum Teil verdreifacht. Der Klimawandel führt langfristig dazu, daß mehr Menschen aus ländlichen Regionen in Städte ziehen. Zwischen 1960 und 2016 stieg die Temperatur durchschnittlich um ein Grad Celsius, während sich der Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung fast verdoppelte: von 33 auf 59%.

Das größte Städtewachstum beobachten die Forscher in armen Ländern, die in heißen Regionen liegen und zudem stark abhängig von der Landwirtschaft sind. Hier hat sich der Anteil der Stadtbevölkerung zum Teil verdreifacht, in Nigeria zum Beispiel von 15,4% (1960) auf 48,7% (2016).

Landflucht findet verstärkt statt, wenn die Landwirtschaft etwa durch Ernteauffälle beeinträchtigt ist oder der Bedarf der Menschen an öffentlicher Gesundheitsversorgung zunimmt, weil sich Krankheiten durch den Temperaturanstieg stärker ausbreiten.

Fachärzte oder Krankenhäuser befinden sich in den betroffenen Ländern fast ausschließlich in Städten.

Reichere Länder sollten Entwicklungs- und Technologiehilfe leisten, um eine anhaltende Verstädterung in diesen Ländern zu verringern und die Menschen in den ländlichen Regionen zu unterstützen. Die Forscher empfehlen, vor allem den Zugang zu öffentlichen Gütern wie etwa zur Gesundheitsversorgung in den ländlichen Regionen betroffener Länder zu verbessern.

Quelle: <https://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/globale-erwaermung-treibt-menschen-in-die-staedte>
<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/globale-erwaermung-treibt-menschen-in-die-staedte/> 23.12.22

CO₂-Verpressung

Teile der Industrie lassen sich nicht vollständig dekarbonisieren, etwa die Müll- und Abwasserwirtschaft, die Chemie-, Zement-, Glas- oder Kalkherstellung. Deshalb will Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) im Jahr 2045, wenn Deutschland treibhausgasneutral sein soll, noch 34 bis 73 Millionen Tonnen CO₂ im Meeresboden verpressen lassen. Derzeit entstehen in diesem Sektor 740 Millionen Tonnen CO₂.

Ein neuer Evaluierungsbericht des Wirtschaftsministeriums sagt, daß „ab 2030 zusätzlich eine CO₂-Abscheidung im Megatonnenmaßstab notwendig sein wird“. Es seien schnelle Planverfahren für Pipelines nötig, um die deutsche Industrie ans europäische CO₂-Netz anzuschließen. Die Grünen wollen CCS und CCU auf die Restemissionen beschränken. Teile der FDP könnten sich das Verfahren indes auch für fossile Kraftwerke oder die Herstellung von Wasserstoff vorstellen.

Die Umweltorganisation BUND kritisiert die CCS-Pläne der Bundesregierung und warnt davor, Industrie-CO₂ in großem Stil unterirdisch deponieren zu wollen, „anstatt die Emissionen im Industriesektor zu reduzieren“. Der BUND kritisiert Milliardensubventionen für CCS über sogenannte Klimaschutzverträge. Die Meere sind nicht die Müllhalde der Menschheit oder eine Deponie für Klimamüll.

Quelle: FAZ, 15.12.22, <https://www.klimareporter.de/technik/protest-gegen-co2-endlager>
24.12.22

Eisschmelze

Der Planet Erde verliert sein arktisches Schutzschild. Diese weiße Fläche kühlt unseren Planeten. Nicht nur das arktische Meereis schwindet mit 13% pro Dekade. Das Schmelzen der Eisschilde Grönlands erhöht den Meeresspiegel. Von den 8 Milliarden Menschen auf dem Planeten wohnt die Hälfte in der Nähe von Küsten, oft ohne Deich. Auch in der Antarktis geht das Meereis stark zurück. Anfang Februar 2023 waren wieder ein Rekordminimum mit noch 2,20 Millionen Quadratkilometer des Südlichen Ozeans von Meereis bedeckt. Langfristig geht das Meereis in der Antarktis um 2,6% pro Dekade zurück. Die Ursache dafür liegt in überdurchschnittlich warmen Lufttemperatur und einer Veränderung der Windzirkulation in der Antarktis. Die Ausdehnung des Meereises und der Zeitpunkt seiner Neubildung beeinflussen auch die winzige garnelenartige Krebstiere namens Krill, die von größeren Tieren gefressen werden. Große Veränderungen im Zeitpunkt der Planktonblüte können die Nahrungsaufnahme von Vögeln, Fischen, Robben und Walen stören.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/arctic-frontiers-arktis-boetius-101.html> 1.2.23

<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/rekord-tief-der-meereisbedeckung-in-der-antarktis/> 13.2.23

<https://www.meereisportal.de/newsliste/detail/meereisausdehnung-in-der-antarktis-auf-rekordminimumkurs> 10.2.23

Zunahme der Methan-Emissionen aus Permafrostgebieten

In den ausgedehnten arktischen Permafrostgebieten der Arktis im Norden sind große Mengen Kohlenstoff in den gefrorenen Böden enthalten, die von Mikroben in die Treibhausgase Methan und CO₂ umgewandelt werden können. Werden die Gase freigesetzt, könnte das die globale Erwärmung noch mehr beschleunigen.

Nach den Daten aus den Jahren 2002 bis 2019 hat die sommerliche Freisetzung von Methan in der Tundra seit 2004 um knapp 2% pro Jahr zugenommen. Ursache dafür sei allerdings nicht ein massiveres Auftauen des Permafrostbodens. In der globalen Methan-Bilanz spielen die Permafrostgebiete der Arktis noch eine kleine Rolle, rund 3% tragen sie zur Belastung der Atmosphäre bei, der Großteil weltweit stammt derzeit aus der Landwirtschaft.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/mehr-methan-emissionen-aus-sibirien-im-sommer/> 31.10.22

Helmholtz-Zentrum Potsdam <https://www.gfz-potsdam.de/presse/meldungen/detailansicht/mehr-methan-aus-sibirien-im-sommer>

EU-Treibhausgasemissionen

Während in Ägypten die UN-Klimakonferenz COP27 lief, haben die Verhandlungsführer von EU-Parlament und EU-Rat eine vorläufige Einigung über eine Überarbeitung der Lastenverteilungsverordnung (ESR) erzielt. Die EU hat sich damit auf eine rechtsverbindliche Minderung von Treibhausgasemissionen bis 2030 geeinigt. Die Mitgliedsstaaten müssen die Emissionen in Sektoren, die derzeit nicht im EU-Emissionshandel geregelt sind, um 40% gegenüber 2005 senken.

Die Lastenverteilungsverordnung (Effort Sharing Regulation, kurz ESR) verpflichtet jeden EU-Mitgliedsstaat zur Minderung von Treibhausgasen und legt nationale Ziele für Emissionsminderungen aus dem Straßenverkehr, der Beheizung von Gebäuden, der Landwirtschaft, kleinen Industrieanlagen und der Abfallwirtschaft fest.

Die jährliche Quote nimmt schrittweise ab, und soll bis 2030 eine Gesamtreduktion der Emissionen um 40% erreichen. Mitgliedstaaten mit einem höheren Pro-Kopf-BIP haben

höhere Emissionsreduktionsziele. Die reicheren Staaten haben höhere Ziele als die ärmeren. Deutschland mindert bspw. von 2005 zu 2030 um 50%, Bulgarien um 10%, Griechenland um 22,7%.

Um das EU-Klimagesetz nicht zu untergraben, sind die Möglichkeiten, Emissionsberechtigungen zu übertragen, zu leihen und zu speichern, eingeschränkt worden. Die Möglichkeit für Mitgliedstaaten, Zertifikate mit anderen Mitgliedstaaten zu handeln, wird auf 10% der Zertifikate für die Jahre 2021-2025 begrenzt. Für die Jahre 2026-2030 beträgt das Maximum 15%. Alle Erlöse aus diesem Handel sollten dem Klimaschutz zugeführt werden, heißt es in der Vereinbarung. Die Mitgliedstaaten können im Zeitraum 2021-2025 maximal 7,5% der Zertifikate aus dem Folgejahr ausleihen, um sie in Jahren zu verwenden, in denen die Emissionen über dem Jahresgrenzwert liegen. Für 2026-2030 beträgt das Maximum 5%.

Quelle: <https://www.energiezukunft.eu/politik/eu-vereinbart-verbindliche-senkung-von-thg-emissionen/> 11.11.22

COP27

Auf den letzten Klimakonferenzen wurde den Entwicklungsländern 100 Milliarden US-Dollar von den Industriestaaten seit 2009 versprochen. Mit dieser Summe sollten ab 2020 der Klimaschutz und die Anpassung an die Klimaerwärmung in ärmeren Ländern unterstützt werden. Gehalten haben die Industriestaaten dieses Versprechen allerdings nicht. Im Jahr 2020 flossen nur 83 Milliarden Dollar. Die versprochene Summe wird voraussichtlich erst nächstes Jahr erreicht. Auch die USA stellten deutlich zu wenig Geld zur Verfügung.

Auch werden die versprochenen 100 Milliarden bei Weitem nicht ausreichen, um die Klimaerwärmung möglichst bei 1,5 Grad zu stoppen und die Anpassung an diese Erwärmung zu finanzieren. Aus diesem Grund wurde auf der UN-Klimakonferenz 2022 COP27 in Sharm el-Sheikh neue Wege der Klimafinanzierung diskutiert.

Die Internationale Energieagentur IEA schätzt, daß im Jahr 2030 weltweit 2 Billionen Dollar zusätzlich in erneuerbare Energien investiert werden müssen.

Macron forderte einen „riesigen Finanzschock“ für den Klimaschutz. Außerdem will er zusammen mit der Weltbank in den nächsten Monaten Vorschläge erarbeiten, um die Klimafinanzierung durch die multilateralen Entwicklungsbanken wie die Weltbank zu reformieren. Die Weltbank soll Sonderziehungsrechte (SDR) im Wert von 500 Milliarden Dollar bereitstellen. Damit will sie zusätzlich privates Kapital mobilisieren.

Zusätzlich fordert sie die Abschöpfung von 10% der Gewinne von Öl- und Gaskonzernen.

John Kerry, der US-Klimagesandte, will Firmen ermöglichen, ebenfalls in Projekte zu investieren, um die eingesparten Emissionen dann mit ihren eigenen Emissionen verrechnen zu können. Die Ausgabe von Zertifikaten für eingesparte Emissionen ist allerdings umstritten.

Bundeskanzler Olaf Scholz kündigte an, die Klimahilfen von 5,3 Milliarden Euro bis 2025 auf 6 Milliarden Euro zu steigern. Das Versprechen hatte allerdings schon Angela Merkel abgegeben.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/staaten-werden-beim-klimageld-kreativer> 8.11.22

Von den 183 Vertragsparteien des Pariser Klimaschutzabkommens haben sich nur 12 Länder zu einem konkreten Prozentsatz an erneuerbaren Energien in ihrem Gesamtenergiemix verpflichtet.

Aus der neuen Analyse von IRENA geht hervor, daß bis 2030 eine installierte Leistung von 5,4 TW aus erneuerbaren Energien angestrebt wird. Dies wäre nur die Hälfte der 10,8 TW

an installierter Kapazität, die nach dem 1,5°C-Szenario von IRENA erforderlich sind. Um das Ziel Netto-Null-Emissionen zu erreichen, müsste die angestrebte Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien bis 2030 im Vergleich zu den derzeitigen Zielen verdoppelt werden.

Um die derzeitigen Ziele bis 2030 zu erreichen, müssten die Länder 2,3 TW an Kapazität zubauen, was einem durchschnittlichen jährlichen Zubau von 259 Gigawatt (GW) in den nächsten neun Jahren entspricht. In den Jahren 2020 und 2021 wurden trotz der pandemiebedingten Komplikationen und den daraus resultierenden Unterbrechungen der Lieferkette weltweit jedes Jahr fast 261 GW an erneuerbaren Energien zugebaut. Die Hälfte der weltweiten angestrebten Kapazität entfällt auf Asien, gefolgt von Europa und Nordamerika. Im Vergleich dazu entfallen auf den Nahen Osten und Nordafrika trotz des hohen Potenzials der Region nur 3% der globalen Ausbaus für 2030. Auf die afrikanischen Länder südlich der Sahara entfallen nur etwas mehr als 2%.

Quelle: IRENA <http://www.irena.org/>
<https://www.sonnenseite.com/de/energie/neuer-bericht-verweist-auf-enormes-ungenutztes-potenzial-fuer-erneuerbare-energien/> 7.11.22

Am Freitagmorgen (18.11.22), dem offiziell letzten Tag des UN-Klimagipfels COP27, präsentierte die ägyptische Konferenzpräsidentschaft einen Entwurf für die Abschlusserklärung. EU-Kommissar Timmermans sagte, die EU sei bereit, in Sharm el-Sheikh der Schaffung eines Fonds für Verluste und Schäden zuzustimmen – unter zwei Bedingungen: Zum einen dürften die Gelder nur den ärmsten und verletzlichsten Ländern zugutekommen, zum anderen müssten grundsätzlich alle Länder in diesen Fonds einzahlen und zusätzlich müssten „innovative Finanzquellen“ erschlossen werden. Der weltgrößte Emittent von Klimagasen China lehnt es ab, für Zahlungen in die Pflicht genommen zu werden, und ist auch gegen die „innovativen Finanzquellen“. Letztere sind Abgaben auf Flugtickets und Schiffsdiesel. China argumentiert, daß es gemäß der 30 Jahre alten UN-Klimakonvention den Status eines „Entwicklungslands“ habe und daher zu keinerlei Zahlungen verpflichtet sei.

Inzwischen ist auch Indien beim Thema Emissionsreduktion verhandlungsbereit. Das Land fordert, daß eine Verpflichtung zur Eliminierung aller „fossilen Energieträger“ in die Abschlusserklärung aufgenommen wird. Es darf „Kohle“ genannt werden, nicht aber Öl und Gas oder eben „fossile Energien“ generell. Für Länder wie Saudi-Arabien, aber auch China ist letzteres aber eine rote Linie. Unterstützt werden sie von der Konferenzpräsidentschaft Ägypten, die eigentlich neutral sein müsste.

Indien hat die Unterstützung der EU, der USA und sehr vieler Entwicklungsländer, aber der ägyptische COP27-Präsident und Außenminister Samih Shukri hat die „fossilen Energien“ trotzdem nicht in seinen Abschlusstext-Entwurf aufgenommen.

Die USA befürchten, daß ein Fonds für den Ausgleich von klimabedingten Verlusten und Schäden dazu führen könnte, daß die größten historischen Emittenten irgendwann zu „Schadenersatz“ verpflichtet werden, was im US-Rechtssystem sehr teuer werden könnte. Die EU und die anderen Industriestaaten wollen einem Fonds jetzt grundsätzlich zustimmen, deshalb stehen die USA unter den Industriestaaten aber nun alleine da und finden sich in einer „Allianz“ mit China wieder, auch wenn die USA und China für ihre Positionen unterschiedliche Gründe haben.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/klimakonferenzen/die-eu-entlarvt-chinas-bluff>
19.11.22

Die USA sind der weltweit zweitgrößte Emittent von Klimagasen. Sie haben sich aber auch mit einer angestrebten Reduktion um 47% auf eine hohe Minderung ihrer Emissionen

verpflichtet. Statt einer Verringerung um 25,4%, reduziere die Welt ihre Emissionen in diesem Szenario nur um 17,3%. Die angestrebte globale Reduktion werde also um fast 32% verringert. Die zweitgrößte unmittelbare Auswirkung auf die weltweiten Emissionen durch entgangene Reduktionszusagen hätte ein Ausstieg Chinas, der die globale Reduktion um 11,9% verringern würde. China emittiert noch mehr CO₂ als die USA, hat aber auch ein deutlich niedrigeres Reduktionsziel (minus 11,3%).

Quelle: ifw / Institut für Weltwirtschaft 2022

<https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/medieninformationen/2022/pariser-klimaabkommen-einseitiger-rueckzug-der-usa-und-chinas-kann-groessten-schaden-anrichten/> 16.11.22

Einer neuen Studie zufolge ist der CO₂-Ausstoß des Militärs für ca. 5,5% der weltweiten Emissionen verantwortlich. Wäre das globale Militär ein Land, hätte es damit den viertgrößten CO₂-Fußabdruck der Welt. Das Wichtige an dem Report von CEOBS und SGR ist, daß sich die Berechnungen nur auf „Friedenszeiten“ beziehen.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/neue-studie-globale-militaeraktivitaeten-fuer-55-aller-co2-emissionen-verantwortlich/> 16.11.22

<https://ceobs.org/wp-content/uploads/2022/11/SGR->

[CEOBS_Estimating_Global_Military_GHG_Emissions.pdf](https://ceobs.org/wp-content/uploads/2022/11/SGR-CEOBS_Estimating_Global_Military_GHG_Emissions.pdf)

<https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/neue-studie-globale-militaeraktivitaet.html>

Im Jahr 2022 erreichen die fossilen CO₂-Emissionen weltweit 36,6 Milliarden Tonnen CO₂ und werden somit leicht höher liegen als vor der Corona-Pandemie. Zusammen mit Landnutzungsemissionen von 3,9 Milliarden Tonnen belaufen sich die Gesamtemissionen auf 40,6 Milliarden Tonnen und damit leicht unter den bislang höchsten Werten von 2019 (40,9 Milliarden Tonnen). Dies zeigt der aktuelle Bericht des Global Carbon Projects. Um die globale Erwärmung mit einer 50%-Wahrscheinlichkeit auf 1,5°C zu begrenzen, dürfen insgesamt nur noch 380 Milliarden Tonnen CO₂ emittiert werden. Wenn man von den Emissionswerten des Jahres 2022 ausgeht, wird diese Menge nun schon in neun Jahren erreicht sein.

Der Rückgang der Emissionen in China ist auf die Auswirkungen coronabedingter Lockdowns zurückzuführen. In der EU hingegen ist der Rückgang vor allem durch die Einschnitte in der Gasversorgung zu erklären – die Emissionen liegen 2022 etwa 10% niedriger als im Vorjahr.

Einen großen Einfluss auf die globale Kohlenstoffbilanz hat neben fossilen Emissionen auch die Landnutzung durch den Menschen. So werden die Emissionen aus der Landnutzung in diesem Jahr bei geschätzt 3,9 Milliarden Tonnen CO₂ liegen. Den größten Anteil hat die Entwaldung mit Emissionen von etwa 6,7 Milliarden Tonnen CO₂ pro Jahr im letzten Jahrzehnt – hier gibt es großes Potenzial für Emissionsreduktionen. Die Hälfte dieser Emissionen, 3,5 Milliarden Tonnen CO₂, wird durch nachwachsende Wälder und Aufforstungen kompensiert. Indonesien, Brasilien und die Demokratische Republik Kongo waren im letzten Jahrzehnt für zusammen 58% der weltweiten Landnutzungsemissionen verantwortlich.

Die CO₂-Aufnahme des Ozeans stieg auf 10,5 Milliarden Tonnen, die auf dem Land auf 12,4 Milliarden Tonnen. Die verbleibende knappe Hälfte der Gesamtemissionen lässt die atmosphärische CO₂-Konzentration weiter steigen, auf 51% über ihrem vorindustriellen Niveau.

Quelle: <https://www.lmu.de/de/newsroom/newsuebersicht/news/keine-anzeichen-fuer-rueckgang-der-weltweiten-co2-emissionen.html>

<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/keine-anzeichen-fuer-einen-rueckgang-der-weltweiten-co2-emissionen/> 14.11.22

Die Klimabewegung "Fridays for Future" kritisierte die COP24: "Alle Staaten hätten verschärfte Klimaziele vorlegen müssen", so Reemtsma. Das habe nicht einmal jeder achte Staat getan. Und vor allem die Industrieländer erfüllten ihre Ziele nicht einmal - auch Deutschland.“

Kritik übte die Klimaktivistin auch an dem geplanten Projekt im Senegal, dort neue Gasfelder zu erschließen, um von russischem Gas unabhängig zu werden. Deutschland habe sich mit seiner aktuellen Gas-Einkaufstour als schlechtes Vorbild präsentiert. Die Staatengemeinschaft habe es nicht geschafft, ein Ende der fossilen Energien zu beschließen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/ausland/afrika/cop27-klimakonferenz-ende-103.html> 20.11.22

Es wird auf der Klimakonferenz das Recht auf Entwicklung betont, und gerade von denen, die fossile Energieträger verbrauchen oder verkaufen. Dieses Recht auf Entwicklung, auf wirtschaftliche Entwicklung, wird auch niemand infrage stellen. Aber hier muß ganz klar festgestellt werden, daß Entwicklung nur noch mithilfe Erneuerbarer Energieträger möglich ist. Positiv zu bewerten sind auch die Energiepartnerschaften, um Entwicklungsländern zu helfen, möglichst schnell aus den fossilen Energieträgern auszusteigen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/klimakonferenz-aegypten-ergebnisse-cop27-101.html> 20.11.2022

Schon auf der UN Klimakonferenz 2014 in Lima wurde ein solcher Hilfsfonds beschlossen, der damals sogar mit 10 Mrd. US Dollar dotiert war. Dieser Fonds wurde von der Weltgemeinschaft nie völlig finanziert,

Zum Vergleich: Allein die Flutkatastrophe im Ahrtal kostet im Wiederaufbau 30 Mrd. Euro, also das dreifache, was für die gesamte Welt eingeplant war!

Selbst wenn der Fonds mit zig Billionen US Dollar ausgestattet werden sollte, würde er in einer um 3 Grad erhitzten Welt nichts mehr nützen.

Erneut gab es auch bei dieser COP massiven Lobbyeinfluss von Konzernen mit fossilen Geschäftsinteressen. Unglaubliche 636 Lobbyisten der Kohle-, Erdgas- und Erdölkonzerne waren in Ägypten akkreditiert. Auf Platz drei war der deutsche Konzern BASF dabei.

In Deutschland sitzen immer noch 13 Menschen in Bayern in 30tägiger Präventivhaft, um von weiteren Straßenblockaden abgehalten zu werden.

Es ist der politische Mißbrauch eines ursprünglich gegen den islamistischen Terrorismus eingeführten Gesetzes gegen Klimaaktivisten, die nun wie Terroristen behandelt und ohne Prozess der Freiheit beraubt werden, während damit vom fehlenden Klimaschutz im Regierungshandeln weiter abgelenkt wird.

Quelle: Hans-Josef Fell, Energy Watch Group (EWG)

<https://www.sonnenseite.com/de/politik/cop27-gescheitert-deutschland-unterschreibt-klimaschutzverhinderungsabkommen/> 22.11.22

In Dubai soll Ende 2023 die nächste UN-Weltklimakonferenz stattfinden. Für die kommenden UN-Klimakonferenz wurde nun von den ausrichtenden Vereinigten Arabischen Emiraten (VAR) der Ölscheich Sultan Al Jaber als Verhandlungsleiter bestimmt. Al Jaber ist gleichzeitig Chef von ADNOC, einem der größten Ölkonzerne der Welt und Industrieminister im Ölstaat VAR.

Quelle: Hans-Josef Fell Präsident der Energy Watch Group (EWG)

<https://www.sonnenseite.com/de/politik/ein-oelscheich-wird-praesident-der-naechsten-un-weltklimakonferenz/> 8.2.23

Um die Erwärmung bei 1,5 Grad zu stoppen, müssten die Emissionen um 40% niedriger liegen. Die Transformation muß alle Sektoren umfassen, von der Stromerzeugung über Industrie, Verkehr und Gebäude bis zu Landwirtschaft und Finanzwesen. Es reicht nicht, nur die CO₂-Emissionen zu senken. Die neuesten Zahlen der Weltwetterorganisation WMO zeigen, daß der Methangehalt in der Atmosphäre letztes Jahr stärker angestiegen ist, als je zuvor gemessen wurde. Die Emissionen von Lachgas, dem dritt wichtigsten Treibhausgas, haben sich ebenfalls beschleunigt.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/gesellschaft/die-welt-tut-immer-noch-viel-zu-wenig-gegen-die-klimakrise> 4.11.22

Feuchtigkeit kann tödlich sein. Bei einem Temperaturanstieg von global zwei Grad werden einer Studie zufolge eine Milliarde Menschen unter extremer Hitze leiden. Wenn durch Wärme und Feuchtigkeit die sogenannte Kühlgrenztemperatur erreicht ist, stirbt der Mensch nach wenigen Stunden. Unter den entsprechenden Bedingungen kann der Körper etwa ab 35 Grad Celsius keine Wärme mehr an die Umgebung abgeben, sondern nimmt Hitze auf. Etwa 6 Stunden kann ein gesunder Mensch bei solchen Temperaturen überleben. Wenn die Bemühungen der Weltgemeinschaft, die Erderwärmung zu begrenzen, scheiterten und die Temperaturen um 4 Grad steigen, würde die Hälfte der Weltbevölkerung an mindestens zehn Tagen im Jahr unter dieser extremen Hitzebelastung leiden.

Quelle: NachDenkSeiten, 7.11.22 von Bernhard Trautvetter
<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014492.html>

Amazonas-Regenwald

Lula da Silva hat die Wahl in Brasilien knapp gegen den Klimaleugner Jair Bolsonaro gewonnen. Mit 50,9% der Stimmen hat Lula da Silva von der Arbeiterpartei die Stichwahl um das Präsidentenamt in Brasilien für sich entschieden. Der bisherige Amtsinhaber, Jair Bolsonaro, kam auf 49,1%.

Die vergangenen vier Jahre unter Bolsonaro waren verheerend für den Amazonas-Regenwald und führten zu einer besorgniserregenden Zunahme von Menschenrechtsverletzungen, Gewalt und einer regelrechten Welle von Landraub. Abholzung und Brandrodung erreichten extreme Höchstwerte.

Die Hoffnung ist nun, daß Lula an seine Umweltpolitik aus den Jahren 2003 bis 2010 beim Waldschutz anknüpfen wird. Es gab neue umweltpolitische Maßnahmen, und die Gesetze gegen die Entwaldung wurden konsequent durchgesetzt und kontrolliert. Unter Lula ging die Entwaldung im Amazonas-Regenwald um 84% zurück. Die Gesellschaft ist nach vier Jahren Bolsonaro extrem polarisiert.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/international/hoffnung-fuer-den-amazonas-regenwald> 1.11.22

Algenwachstum

Mehr Algen und weniger Wasserpflanzen begünstigen Methanemissionen. Hitzewellen, Nährstoffe und Pestizide fördern das Algenwachstum und die Wasserpflanzen verschwinden. Verschiedenste Lebewesen tragen zur Selbstreinigung von Gewässern bei. Gehen sie verloren und breiten sich in Gewässern stattdessen Algen und schwimmende Pflanzen aus, werden mehr Treibhausgase freigesetzt. Pflanzen, die mit ihren Wurzeln im Gewässergrund verankert sind, benötigen dort unten Sonnenlicht für die Photosynthese.

Erwärmung, Nährstoffe und das Pflanzenschutzmittel Glyphosat wirken in Kombination auf das Wachstum von Algen und Wasserpflanzenarten.

Im Versuch hatten Erwärmung oder Hitzewellen allein keinen Einfluss auf das Vorkommen von Algen, verringerten aber die Biomasse der am Grund wachsenden Pflanze. Erhöhte Nährstoffkonzentrationen verstärkten das Algenwachstum und damit die Beschattung der Wasserpflanzen. Das Pflanzenschutzmittel Glyphosat allein hatte bei stabilen Umgebungstemperaturen keinen Effekt auf das Wachstum von Algen und Wasserpflanzen. Hitzewellen förderten jedoch das Algenwachstum bei kombinierter Nährstoff- und Glyphosatbelastung stärker als eine kontinuierliche Erwärmung. Eine solche Verschiebung der dominanten Pflanzentypen in Gewässern kann auch dazu führen, daß mehr Treibhausgase freigesetzt werden.

Quelle: <https://www.igb-berlin.de/news/klimawandel-mehr-algen-und-weniger-wasserpflanzen-beguenstigen-methanemissionen>
<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/klimawandel-mehr-algen-und-weniger-wasserpflanzen-beguenstigen-methanemissionen/> 4.11.22

Braunalgenschleim ist gut fürs Klima

Braunalgen nehmen große Mengen Kohlendioxid aus der Luft auf und geben Teile des enthaltenen Kohlenstoffs in Form eines schwer abbaubaren Schleims wieder an die Umwelt ab. Weil dieser Schleim kaum einem Meeresbewohner schmeckt, verschwindet dieser Kohlenstoff so für lange Zeit aus der Atmosphäre. Das zeigt eine Studie von Forschenden des Max-Planck-Instituts für marine Mikrobiologie in Bremen.

Die Forschenden zeigen, daß insbesondere der Algenschleim namens Fucoidan dafür verantwortlich ist. Sie schätzen, daß Braunalgen so bis zu 550 Millionen Tonnen Kohlendioxid jedes Jahr aus der Luft holen könnten – beinahe die Menge der gesamten jährlichen Treibhausgas-Emissionen Deutschlands.

Algen nehmen Kohlendioxid aus der Luft auf und nutzen den darin enthaltenen Kohlenstoff für ihr Wachstum. Bis zu einem Drittel des aufgenommenen Kohlenstoffs geben sie wieder ans Meerwasser ab, beispielsweise in Form zuckerhaltiger Ausscheidungen. Je nachdem, wie diese Ausscheidungen aufgebaut sind, werden sie entweder schnell von anderen Organismen genutzt oder sinken Richtung Meeresgrund.

Fucoidan machte etwa die Hälfte der Ausscheidungen der untersuchten Braunalgenart Blasentang aus. Fucoidan ist so komplex, daß es nur schwer für andere Organismen nutzbar ist. Keiner scheint es zu mögen. So kommt es, daß der Kohlenstoff im Fucoidan nicht so schnell wieder in die Atmosphäre gelangt.

Quelle: <https://www.mpg.de/19694028/1221-mbio-braunalgenschleim-ist-gut-fuers-klima-154772-x> 9.1.23

Wasserkrisen durch Klimawandel

Der Klimawandel verändert die globale Luftzirkulation, dadurch ändern sich in großen Teilen der Erde auch Niederschlag und Verdunstung. Das beeinflusst auch die Wassermenge in den Flüssen, die lokal genutzt werden kann.

Bisherige Modelle unterschätzen systematisch, wie sensibel die Wasser-Verfügbarkeit auf bestimmte Klima-Parameter reagiert. Eine weltweite Analyse zeigt, daß der Klimawandel in noch stärkerem Ausmaß als bisher erwartet zu lokalen Wasser-Krisen führt. Der Zusammenhang von Niederschlag und Wassermenge in den Flüssen ist viel sensibler als man bisher dachte.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/wasserkrisen-durch-klimawandel-gefaehrlicher-als-bisher-gedacht/> 4.2.23

Syntheseberichts des Weltklimarats IPCC

Schon in etwa 10 Jahren könnte die Erde im Schnitt 1,5 Grad wärmer sein als im 19. Jahrhundert. Die Ursache für die immer höheren Temperaturen ist der Ausstoß von Treibhausgasen. Viele Treibhausgase halten sich lange in der Atmosphäre, so daß vor Jahren verfeuerte Kohle noch heute zum Klimawandel beiträgt.

Die Emissionen müssen gesenkt werden. Der Atmosphäre muß mehr Treibhausgase entzogen werden, als künftig noch ausgestoßen werden.

Die jetzt geborene Generation könnte im Alter in einer durchschnittlich 4 Grad wärmeren Welt leben. Der heißeste Tag des Jahres wäre in Mitteleuropa dann wohl sogar 7 Grad wärmer als heute und läge deutlich über 40 Grad.

Mit den nationalen Klimazielen, welche die Vertragsstaaten des Pariser Abkommens zugesagt haben, wird eine zumindest vorübergehende Überschreitung des 1,5-Grad-Zieles "wahrscheinlich" - es werde damit sogar "schwer", eine 2-Grad-Erwärmung zu verhindern. Werden die nationalen Klimaziele für dieses Jahrzehnt und die eingeleiteten Maßnahmen nicht verschärft, steuert die Welt den Erkenntnissen nach auf eine globale Erwärmung von 2,1 bis 3,4 Grad zu. Der IPCC rechnet in seinen Modellszenarien mit einer globalen Erwärmung von 1,4 bis 4,4 Grad bis zum Ende des Jahrhunderts.

Langfristig kann demnach ein moderater Temperaturanstieg über die angepeilte 1,5-Grad-Marke durch negative Emissionen ausgeglichen werden, zum Beispiel dadurch, daß Kohlenstoffdioxid der Luft entnommen und im Boden gebunden wird. Allerdings werde die Entnahme mit jedem Zehntelgrad Erwärmung schwieriger und die natürlichen Bedingungen für solche Maßnahmen verschlechterten sich durch zunehmende Waldbrände, Dürren oder das Schmelzen von Permafrost-Böden.

Die Regierungen müssten Anreize und Regeln schaffen, um Investitionen in klimaschonende Techniken in kürzester Zeit um das Drei- bis Sechsfache zu erhöhen. Dem internationalen Finanzsystem wird insgesamt eine "kritische Rolle" attestiert, die steigenden Klimarisiken müssten künftig konsequent eingepreist werden.

Quelle: FAZ, 21.3.23

Sperrminorität bei Europawahl

Das Europaparlament hat sich für eine Sperrklausel bei den nächsten Parlamentswahlen ausgesprochen. 323 Abgeordnete stimmten in Straßburg für einen entsprechenden Gesetzesvorschlag, 262 dagegen. Dieser sieht die Einführung einer Sperrklausel von 3,5% in den bevölkerungsreichsten EU-Staaten vor. De facto würde sich aber nur etwas für Deutschland ändern: In den anderen beiden betroffenen Ländern - Frankreich und Italien - gibt es bereits eine Prozenzhürde.

Die Reformpläne der Fraktionen sehen neben der Sperrklausel auch die Einführung transnationaler Listen vor, die zu gleichen Teilen mit Männern und Frauen besetzt sein sollen. Nach den Vorstellungen des Parlaments sollen 28 neue Sitze im EU-Parlament geschaffen werden, die über solche europaweiten Listen gefüllt würden.

Während größere Parteien den Schritt begrüßen, äußerten sich Vertreterinnen und Vertreter der kleinen Parteien schockiert. "Diese schamlose Selbstbedienung ist ein Affront gegen das Bundesverfassungsgericht und ein Anschlag auf unsere Demokratie", sagte etwa Patrick Breyer von den Piraten. Dieses hatte 2014 - mit Blick auf den innerdeutschen Versuch, eine Sperrklausel einzuführen - geurteilt, daß diese gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der Parteien verstoße und damit verfassungswidrig sei. Mit dem Weg über die EU-Ebene wird nun der Einflussbereich des BVerfG umgangen, EU-Recht hat Vorrang vor nationalem Recht.

Bei den vergangenen Wahlen 2019 konnten etwa die Tierschutzpartei, Volt oder die Ökologisch Demokratische Partei (ÖDP) mit 0,7 bis 1% der Stimmen einen Abgeordneten beziehungsweise eine Abgeordnete ins Parlament entsenden.

Es gibt zwar eine Ausnahmeregel für Parteien, die in mehreren EU-Ländern antreten, dennoch müssen sie EU-weit mindestens eine Million Stimmen bekommen. Eine Hürde, die für Parteien wie Volt oder ÖDP, unüberwindbar sein dürfte. Breyer betont, nicht mal die Piraten, die derzeit mit vier Abgeordneten im Parlament vertreten seien, erreichten die Voraussetzungen annähernd.

Bevor die Pläne Realität werden könnten, müssen die EU-Staaten zustimmen. Unklar ist, ob die Reform vor der nächsten Europawahl - voraussichtlich 2024 - in Kraft tritt.

Quelle: <https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=bibdata%2Freddok%2Fbecklink%2F2023055.htm&anchor=Y-300-Z-BECKLINK-N-2023055>

Die Bundesregierung hat einem Beschluss des Rats der Europäischen Union von 2018 zur Einführung einer Sperrminorität bei Europawahlen zugestimmt. Das Kabinett entschied bei seiner Sitzung auf Schloss Meseberg in Brandenburg über einen vom Bundesinnenministerium vorgelegten Entwurf für das sogenannte EU-Wahlakt-Zustimmungsgesetz. Aktuell gibt es keine Sperrminorität.

Quelle: <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/meldung/detail/gruenes-licht-fuer-eu-ratsbeschluss-zu-sperrminoritaet-bei-europawahl> 7.3.23 (dpa).

In einer gemeinsamen Presseerklärung der EU-Abgeordneten von Volt, Piraten und ÖDP kritisieren die Parteien den Beschluß und betonen die Verfassungswidrigkeit von Sperrklauseln, die die Urteile des Bundesverfassungsgerichts aushebeln.

Die Europaabgeordneten Dr. Patrick Breyer (Piratenpartei), Damian Boeselager (Volt), Manuela Ripa (ÖDP) prangern die Entscheidung an: „Diese schamlose Selbstbedienung ist ein Affront gegen das Bundesverfassungsgericht und ein Anschlag auf unsere Demokratie. Mit der geplanten Sperrklausel von 2% wären bei der letzten Europawahl 1,7 Mio. Wählerstimmen für sechs kleine Parteien wie die Piratenpartei, Volt Europa, Freie Wähler und ÖDP wertlos verfallen. Stattdessen würden die Stimmen an das politische Establishment gehen.“

Es gibt auch aus Sicht der Freien Wähler keine sachliche Begründung, die eine Prozenzhürde bei Europawahlen erfordert. Die großen Parteien wollen sich nur zusätzliche Mandate erschleichen.“

<https://www.oedp.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/sperrklausel-zur-europawahl-ist-anschlag-auf-unser>

Beschleunigung für Erneuerbare Energien

Der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) hat ein Beschleunigungspaket für alle Erneuerbaren Energien erarbeitet. Denn nur schnelle und umfassende Investitionen in heimische Erneuerbare Energien führen aus der fossilen Versorgungskrise.

Der Vorrang der erneuerbaren Energie muß in Fachgesetzen weiter festgeschrieben werden, auch bei der Wärme.

Aktuell befinden sich 8,7 GW fertig geplante Windenergieprojekte im Genehmigungsverfahren. Hier muß schnell entschieden werden. Auch beim Repowering schlummert in den nächsten 3 Jahren ein Potenzial von 45 GW. Repowering sollte ohne Prüfaufwand möglich gemacht werden, es sind Flächen bereitzustellen und Artenschutzauflagen zu standardisieren. Pauschale Abstandsregelungen auf Landesebene sind abzuschaffen.

Auch bei der Wasserkraft verhindern langwierige und komplizierte Genehmigungsverfahren den Ausbau und das Repowering.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/beschleunigungspaket-fuer-erneuerbare-energien-gegen-die-energiekrise/> 14.11.22

<https://www.bee-ev.de/service/publikationen-medien/beitrag/erneuerbares-beschleunigungspaket>

Erneuerbare Energien haben im Jahr 2022 insgesamt 47% des Bruttostromverbrauchs gedeckt. Damit ist der Anteil um 5% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Für den Zuwachs verantwortlich waren vor allem der windreiche Jahresbeginn und die sonnigen Sommermonate. Auch bei Windenergie auf See und Biomasse gab es leichte Zuwächse. Insgesamt wurden im Jahr 2022 aber 2% weniger Strom erzeugt. Windkraftanlagen an Land machten mit 99 TWh den größten Anteil der regenerativen Stromerzeugung aus (2021: 90,6 TWh). Photovoltaikanlagen lieferten gut 62 TWh (2021: 51,4 TWh), dicht gefolgt von Biomasse (einschl. dem biogenen Anteil der Siedlungsabfälle) mit knapp 47 TWh (2021: gut 45,4 TWh). Rund 25 TWh Strom stammten aus Windenergieanlagen auf See (2021: 24,4 TWh). Wasserkraftanlagen lieferten knapp 18 TWh (2021: 19,4 TWh).

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/energie/erneuerbare-energien-deckten-2022-fast-die-haelfte-des-stromverbrauchs/> 16.12.22

<https://www.zsw-bw.de/>

Nettostromerzeugung <https://www.sonnenseite.com/de/energie/nettostromerzeugung-in-deutschland-2022-wind-und-photovoltaik-haben-deutlich-zugelegt/> 3.1.23

Wenn Europa nicht so schnell wie möglich 302 Milliarden Euro in klimarelevante Infrastrukturen investiert, wird es sein Ziel von netto Null Treibhausgasemissionen bis 2050 verfehlen. Das sind über ein Drittel mehr als bisher. In Solar- und Windkraftanlagen müssen jährlich 24 Milliarden mehr fließen.

Ähnlich sieht es beim Ausbau der Verteilnetze und der Eisenbahn aus: Auch in diese Bereiche müssen verglichen mit dem Zeitraum 2016 bis 2020 40 – 60% mehr Mittel fließen, um die Elektrifizierung und die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene auszuweiten.

Der Ausbau erneuerbarer Energien wird hingegen oft durch private Investoren wie Pensionsfonds und Banken ermöglicht. Die öffentliche Hand sollte deren Risiko durch Erlösgarantien und durch möglichst rasche und berechenbare Bewilligungsverfahren minimieren. Zudem können öffentliche Investitionen in neue Technologien wie zum Beispiel die CO₂-Speicherung dazu beitragen, daß sich auch private Investoren in diese Bereiche vorwagen.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/netto-null-ziel-erfordert-schnelle-investitionen/> 11.1.23

<https://ethz.ch/de/news-und-veranstaltungen/eth-news/news/2023/01/netto-null-ziel-erfordert-schnelle-investitionen.html>

Zum Jahreswechsel wurden Eigentümer von Solarstromanlagen bis 30 kW Leistung von der Ertragssteuer befreit, die Umsatzsteuer für Neuanlagen entfällt. Bei der Ertragssteuer gilt die Befreiung sogar rückwirkend zum 1.1.2022. Für Mehrfamilienhäuser und gemischt genutzte Immobilien greifen sie ebenfalls – dann sind bis zu 15 kW pro Wohn- oder Gewerbeeinheit von der Ertragssteuer befreit und insgesamt bis zu 100 kW installierte Leistung pro Steuerperson. Die fehlende Gewinnerzielungsabsicht muß nicht mehr nachgewiesen werden.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/wirtschaft/steuerbefreiung-und-weniger-buerokratie-macht-groessere-photovoltaikanlagen-auf-dem-hausdach-attraktiver/> 4.1.23

PVT-Kollektoren mit Wärmepumpe

Ein PVT-Kollektor erzeugt Strom und Wärme aus Sonnenenergie. Kombiniert man die Hybridkollektoren mit einer Wärmepumpe, entsteht ein hocheffizientes Heizsystem. Mit einem PVT-Kollektor gewinnt man aus Solarstrahlung sowohl Strom als auch Wärme. Dazu montiert man hinter dem Photovoltaik-Modul ein Rohrregister, durch das ein Wärmeträger strömt. Dieser thermische Absorber nimmt die Abwärme der Photovoltaik-Module und die Umgebungswärme auf und stellt sie der Wärmepumpe als Wärmequelle zur Verfügung. Den Solarstrom kann der Haushalt zum Betrieb der Wärmepumpe oder im Haushalt verwenden. Auf der Rückseite des PV-Moduls führt man die entstehende Wärme ab. Dadurch kühlt sich das Photovoltaik-Modul ab und der Wirkungsgrad der Stromerzeugung verbessert sich.

Übers Jahr hinweg produzieren diese etwa viermal mehr Gesamtenergie, also Wärme und Strom, als eine Photovoltaikanlage mit der gleichen Fläche. PVT-Kollektoren beliefern die Wärmepumpe nicht nur mit CO₂-neutralem Strom, sondern dienen ihr auch als Wärmequelle.

Aufgrund des modulierenden Betriebs der Wärmepumpe sind weder Wärme- noch Kälte-Pufferspeicher nötig, sondern nur ein Warmwasserspeicher.

Laut Anlagenmonitoring benötigt das PVT-Wärmepumpensystem ein Drittel weniger Strom als eine Luft-Wasser-Wärmepumpe. Eine Familie spart rund 360 Euro im Jahr.

Quelle: <https://wp-monitoring.ise.fraunhofer.de/integrate/german/index/index.html>
<https://www.solarserver.de/wissen/basiswissen/hocheffizientes-heizsystem-pvt-kollektor-und-waermepumpe/>

Bundestag beschließt Preisdeckel für Strom und Gas

Mit Preisbremsen bei Strom und Gas sollen Verbraucher und Unternehmen bei den stark gestiegenen Energiekosten entlastet werden. Haushalte und kleine Unternehmen können von Januar 2023 bis April 2024 80% ihres Verbrauchs zu festgelegten Höchstpreisen beziehen: Das sind bei Strom 40 ct/kWh, bei Gas 12 ct/kWh und bei Fernwärme 9,5 ct/kWh. Auch für Industrie, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind Unterstützungen vorgesehen.

Für die Finanzierung der Gaspreisbremse hatte der Bundestag eine Ausnahme von der Schuldenbremse beschlossen und den Bund ermächtigt, Kredite in Höhe von 200 Milliarden Euro dafür aufzunehmen. Die Strompreisbremse soll darüber hinaus über Erlösabschöpfungen bei den Energieerzeugern finanziert werden.

Der Bundesverband Solarwirtschaft befürchtet, daß sich die vom Deutschen Bundestag nunmehr auf den Weg gebrachte Erlösabschöpfung für Erneuerbare Energien zur Gegenfinanzierung der fossilen „Gaspreisbremse“ bremsend auf die Investitionsbereitschaft von Solarpark-Projektierern auswirken könnte. Die Laufzeit der Abschöpfung der Mehrerlöse beginnt im Dezember 2022 und ist bis zum 30. Juni 2023 befristet, kann aber zu einem späteren Zeitpunkt durch Rechtsverordnung verlängert werden, höchstens jedoch bis zum 30. April 2024.

Mit der Gewinnabschöpfung verhindert die Bundesregierung für viele Erneuerbaren-Anlagen den Abschluss langfristiger Stromverkaufverträge. Besonders unverständlich ist, daß Belieferungsketten innerhalb eines Unternehmens nicht anerkannt werden.

Ökostromanbieter Greenplanet Energy kündigte eine Klage an. Kernpunkt der Kritik: Wind- oder Solarkraftwerke, die ihren Strom über langfristige Lieferverträge – so genannte Power Purchase Agreements (PPA) – vermarkten, werden nicht gemäß der darin vereinbarten

Preise abgeschöpft, sondern anhand von Referenzpreisen, die sich an den Börsenpreisen orientieren. „Die fiktiven Referenzpreise liegen zumeist deutlich über den PPA-Preisen, zu denen Erneuerbaren-Anlagen ihren Strom an Ökoenergieanbieter liefern“, sagte Nils Müller, Vorstand von Green Planet Energy. Die Folge: Betroffene Ökostrom-Anlagen geraten in Liquiditätsschwierigkeiten, da die angenommenen Überschüsse nicht real verdient werden, aber dennoch vom Staat abgeschöpft werden.

Quelle: <https://www.energiezukunft.eu/politik/bundestag-beschliesst-preisdeckel-fuer-strom-und-gas/> 16.12.22

<https://www.klimareporter.de/strom/abschoepfung-der-strom-mehrerloese-erst-ab-dezember> 26.11.22

globale Wasserstoffwirtschaft

Die Sicherung der Versorgung mit Grünem Wasserstoff wird künftig zu einem Schlüsselfaktor für die Energieversorgung und den Wohlstand in den Industriestaaten. Die Europäer stehen vor dem größten Dilemma aller Großmächte. Sie werden weiterhin von Wasserstoffimporten abhängig sein. Schätzungen gehen davon aus, daß die Importquote im Jahr 2050 rund 43% betragen wird. Wirtschaftlich gesehen sollten diese Importe aus Nordafrika bezogen werden, einer politisch schwierigen Nachbarschaft Europas. Für seine Energiesicherheit wird deshalb die Fähigkeit Europas entscheidend sein, Partnerschaften zum beiderseitigen Vorteil mit seinen Nachbarn einzugehen.

Insbesondere in Nordafrika bedarf es gezielter Anstrengungen, damit die Zusammenarbeit erfolgreich sein kann. Ziel muß es sein, eine neue Phase der wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit im Mittelmeerraum einzuleiten. Denkbar wäre auch, den Green Deal der EU auf Nordafrika auszuweiten.

Quelle: https://www2.deloitte.com/content/dam/Deloitte/de/Documents/Global%20Hydrogen%20Economy_Deloitte.pdf

<https://www.sonnenseite.com/de/wissenschaft/wie-eine-globale-wasserstoffwirtschaft-die-sicherheitspolitik-veraendert/> 17.2.23

Wassermanagement

Die Bundesregierung hat am 15.3.23 die Nationale Wasserstrategie bis zum Jahr 2050 verabschiedet. Mit der Strategie will die Bundesregierung die natürlichen Wasserreserven Deutschlands sichern, Vorsorge gegen Wasserknappheit leisten, Nutzungskonflikte vorbeugen, den Sanierungsstau in der Wasserinfrastruktur angehen.

Es soll eine bundesweit eine einheitliche Rahmenkonzeption gemeinsam mit den Ländern entwickelt werden, um die Länder bei der Erarbeitung von flächendeckenden regionalen Wasserversorgungskonzepten auf Landes- oder Einzugsgebietsebene zu unterstützen. Der Grundsatz einer möglichst ortsnahe Wasserversorgung soll aber auch in Zukunft gelten. Gemeinsam mit den Kommunen und den Fachverbänden soll ein Konzept für eine gewässersensible Stadtentwicklung („Schwammstadt“) entstehen. Die bestehenden technischen Regeln werden daraufhin überprüft, ob sie zum Erhalt des natürlichen Wasserhaushalts, Klimaanpassung und Stadtnatur beitragen, und wo nötig überarbeitet.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/bundesregierung-legt-grundstein-fuer-modernes-wassermanagement/> 16.3.23

https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Binnengewasser/nationale_wasserstrategie_2023_bf.pdf

Plastikverschmutzung der Meere

Mehr als 170 Billionen Plastikteile schwimmen in den Weltmeeren mit einem Gewicht von etwa 2 Millionen Tonnen. Seit 2005 ist ein rapider Anstieg der Masse und des Vorkommens von Plastik in den Ozeanen zu beobachten, die Folge einer exponentiellen Zunahme der Plastikproduktion. Ohne sofortige Maßnahmen wird die Menge an Plastik, die in ohne sofortige Maßnahmen von 2016 bis 2040 um das 2,6-fache ansteigen.

Das 5Gyres Institute veröffentlichte 2014 die erste globale Schätzung der Meeresverschmutzung durch Plastik, die feststellte, daß mehr als 5 Billionen Plastikpartikel im Meer schwimmen. Das aktualisierte Papier bringt viele der gleichen Co-Autoren und Wissenschaftler zusammen, die führend in der Erforschung von Plastik im Ozean sind, darunter Edward Carpenter, der 1972 das erste Papier über Plastik im Ozean veröffentlichte; Robert Day, der 1985 erstmals Plastik im Nordpazifik entdeckte; und Charles Moore, der 1997 den Great Pacific Garbage Patch entdeckte .

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/neues-forschungspapier-zeigt-daß-mehr-als-170-billionen-plastikteile-in-den-weltmeeren-schwimmen/> 10.3.23

Das Einwegkunststofffondsgesetz sieht die Erhebung einer Abgabe der Hersteller von bestimmten Einwegkunststoffprodukten wie Tabakprodukten mit kunststoffhaltigen Filtern, Getränkebehältern und -bechern, To-Go-Lebensmittelbehältern, Feuchttüchern und Luftballons vor. Die Abgabe fließt in den vom Umweltbundesamt künftig zu verwaltenden Einwegkunststofffonds. Ab 2027 werden auch die Hersteller von Feuerwerkskörpern mit kunststoffhaltigen Teilen in den Fonds einzahlen müssen.

Die Höhe der Abgabe bemisst sich an der Art und Menge jener Produkte, die betroffene Hersteller zuvor auf den Markt gebracht haben, und dem für jedes Einwegkunststoffprodukt geltenden Abgabesatz. So werden zum Beispiel je Kilogramm in Verkehr gebrachte Tabakfilter künftig 8,945 Euro fällig, der Abgabesatz für To-Go-Getränkebecher liegt bei 1,231 Euro je Kilogramm und für To-Go-Lebensmittelbehälter bei 0,117 Euro je Kilogramm.

Darüber hinaus definiert die Einwegkunststofffondsverordnung das Punktesystem für die Auszahlung der Fondsmittel an die anspruchsberechtigten Kommunen.

Die Abgabepflicht soll ab 2024 beginnen und ab 2025 sollen Mittel aus dem Fonds ausbezahlt werden.

Quelle: <https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-umsetzung-von-artikel-8-absatz-1-bis-7/293085?f.wahlperiode=20&rows=25&pos=20>

<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/bundesumweltministerium-legt-vorschlag-fuer-abgaben-auf-produkte-aus-einwegplastik-vor/> 8.3.23

Das «Intergovernmental Negotiating Committee» (INC) traf sich in Uruguay, um ein internationales rechtsverbindliches Instrument gegen die Plastikverschmutzung zu entwickeln.

Die Vielfalt der Chemikalien in Kunststoffen kann jedoch die aktuellen und die geplanten technologischen Lösungen zur Bekämpfung der Kunststoffverschmutzung vor zahlreiche Herausforderungen stellen. Die Inkompatibilität kann die Qualität von Recycling-Produkten erheblich beeinträchtigen, was zu «Downcycling» und zu giftigen Abfällen führt.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/chemikalien-koennten-globalen-plastikvertrag-untergraben/> 24.11.22

16% des in Deutschland verbrauchten 103 Millionen t Erdöls gehen in die Petrochemie, zu der die Produktion von Plastik, Polyester und anderen Kunststoffen gehört. 53% der eingesammelten Kunststoffe in Deutschland landen in der klimaschädlichen

Müllverbrennung. Die Lobby der Erdöl- und Erdgaswirtschaft verhindert höhere Recyclingquoten.

140 Länder haben sich in diesem Rahmen für ein weltweit verbindliches Abkommen gegen Plastikverschmutzung ausgesprochen. Allerdings mit dem mageren Ergebnis, in 2 Jahren konkrete Vorschläge zur Plastikmülleindämmung vorzulegen.

Basismaterialien sollten daher natürlich sein und idealerweise aus Pflanzen, Pilzen oder Algen produziert werden. Nach der Nutzungsdauer können Biokunststoffe kompostiert werden und den Humus oder Algendünger bilden, aus dem neue Pflanzen und Algen für die Kunststoffproduktion wachsen. Selbst weggeworfene Biokunststoffe würden in der Landschaft oder im Meer einfach verrotten. Der Marktanteil von Biokunststoffen liegt bei unter 1%.

Zum anderen sind viele Verwerter wie die Kompostierer unwillig. Sie müssten ihre Anlagen so umbauen, daß Bioplastik mit seinen längeren Verrottungszeiten gegenüber Bioabfällen gut mit kompostieren kann. Sie lehnen deshalb die Mitverrottung von Bioverpackungen ab.

Quelle: Hans-Josef Fell <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/die-globale-plastikmuellverseuchung-geht-ungebremst-weiter/> 8.12.22

globales Meeresschutzabkommen

Ein neues Abkommen zum Schutz der Weltmeere, das seit fast 20 Jahren diskutiert wird, konnte nun erfolgreich abgeschlossen werden. Erstmals werden damit verbindliche Regeln für die Hohe See möglich: Meeresschutzgebiete, Umweltverträglichkeitsprüfungen und andere Maßnahmen sollen bedrohte Arten und Lebensräume zukünftig besser schützen.

Die Meeresgebiete jenseits nationaler Zuständigkeit, machen rund zwei Drittel der Weltmeere aus. Ihr Schutz war bisher besonders lückenhaft. Verschmutzung und Übernutzung, beispielsweise durch Überfischung oder Schifffahrt, setzen die Weltmeere immer stärker unter Druck. Auch die Vermüllung durch Plastik und die Klimakrise belasten den Ozean zunehmend. Marine Schutzgebiete sind ein wichtiges Instrument, um Ruhezone für bedrohte Arten zu schaffen und Lebensräume zu erhalten. Das UN-Hochseeschutzabkommen muß nun durch 60 Staaten ratifiziert werden, um in Kraft zu treten.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/historischer-durchbruch-fuer-den-schutz-der-weltmeere/> 5.3.23 Historischer Durchbruch für den Schutz der Weltmeere
<https://www.bmu.de/themen/wasser-ressourcen-abfall/meeresschutz>

PFAS

Ein Forscherteam in den USA wies Chemikalien in Wildfischen nach, die sonst nur in Shampoos oder Make-up vorkommen. Pro Kilogramm Wildfisch hätten sie im Durchschnitt 9,5 Mikrogramm per- und polyfluorierte Chemikalien (PFAS) gefunden, schrieben die Wissenschaftler.

Zur Gruppe der PFAS gehören tausende Chemikalien. Die Chemikalien wurden in den 1940er Jahren entwickelt, um wasser- und hitzebeständig zu sein. Da sie sich so gut wie nicht zersetzen, sammeln sie sich im Laufe der Zeit in der Luft, im Boden, im Wasser von Seen und Flüssen, in der Nahrung sowie im Körper an. Sie werden mit einer Reihe ernster Gesundheitsprobleme in Verbindung gebracht, darunter Leberschäden, hohe Cholesterinspiegel, verminderte Immunreaktionen und verschiedene Arten von Krebs. Sie stellten fest, daß Wildfische 278 Mal mehr PFAS enthielten als kommerziell verkaufte Zuchtfische. Der Konsum eines einzigen Wildfischs entspricht demnach dem einmonatigen Konsum von Wasser, dessen Gehalt an PFAS den von der US-Umweltschutzbehörde empfohlenen Grenzwert um das 2400-fache überschreitet.

Kürzlich hatten Deutschland, Dänemark, die Niederlande, Norwegen und Schweden einen gemeinsamen Vorschlag zur Beschränkung von PFAS bei der Europäischen Chemikalienagentur (ECHA) eingereicht. Die Länder fordern laut der ECHA eine EU-weite Regelung, weil die Verwendung von PFAS bislang nicht ausreichend kontrolliert werde. <https://www.n-tv.de/wissen/Wildfisch-essen-ist-wie-Konsum-verseuchten-Wassers-article23849595.html> 17.1.23

Oder-Katastrophe nach dem Fischsterben

Seit 23 Jahren und mindestens dreimal im Jahr führt das IGB eine wissenschaftliche Befischung auf der Oder durch. Ziel ist es, den aktuellen Zustand der Fischbestände sowie kurz- und langfristige Veränderungen zu erfassen.

Die Routinebefischung am 29.11.22 war die erste große Bestandsaufnahme in der Strommitte der Oder nach der menschengemachten Umweltkatastrophe im Sommer. Das Ergebnis: Insgesamt wurde deutlich weniger Fisch gefangen, für dieses Ökosystem wichtige Arten wie Zope und Rapfen fehlten ganz.

Dem IGB gelang es bereits im August, hohe Konzentrationen der Brackwasseralge *Prymnesium parvum* im Fluss zu nachzuweisen. Die Alge kann starke Giftstoffe bilden, was auch in der Oder im Sommer 2022 geschah. In der Oder konnte sich die giftige Alge nur aufgrund des hohen Salzgehalts, der hohen Nährstoffkonzentrationen, der niedrigen Wasserführung und der warmen Temperaturen massenhaft entwickeln.

Insgesamt fingen die Forschenden nur die Hälfte der Fische im Vergleich zum Durchschnitt der Vorjahre. Auch Muscheln und Schnecken, die bei der Befischung gelegentlich im Netz landen, aber nicht routinemäßig erfasst werden, waren dieses Mal kaum vorhanden. Die Muscheln wurden durch die Oder-Katastrophe um die Hälfte ihrer Biomasse reduziert. Sie sind die wichtigsten Filtrierer im Ökosystem und auch eine Nahrungsgrundlage für die Fische.

Die Messungen haben gezeigt, daß die Salzgehalte immer noch deutlich zu hoch sind. Der Hauptbestandteil der Salzfracht ist weiterhin Natriumchlorid, also übliches Kochsalz. In den Wasserproben aus der Unteren Oder wurden etwa 400mg davon pro Liter Wasser gefunden, das ist in etwa die Hälfte der gesamten Salzmenge in diesen Proben. Wir wissen von den Messstellen auch, daß flussaufwärts noch viel mehr davon im Flusswasser gelöst sein muß. Daraus schließen wir, daß die Einleitungen unvermindert weitergehen. Zudem ist der aktuelle Durchfluss höher als im August 2022. Das Salz wird nun also in einer größeren Wassermenge transportiert. Das bedeutet, daß die tatsächlichen Salzfrachten jetzt sogar noch größer sind als im Sommer. Es ist daher dringend notwendig, einen ökologisch verträglichen Grenzwert auf wissenschaftlicher Basis festzulegen.

Andernfalls bestünde ein hohes Risiko, daß sich die Katastrophe wiederholt – und zwar prinzipiell in jedem Sommer wieder. Im Sediment der Oder sind bereits Dauerstadien der Brackwasseralge *Prymnesium parvum* nachgewiesen worden. Diese können erwachen, sobald wieder geeignete Lebensbedingungen vorhanden sind. Das Einzige, was aktuell für eine Massenentwicklung noch fehlt, sind wärmere Temperaturen.

Durch die Renaturierung des Hauptlaufs und die Wiederanbindung an Nebengewässer könnte das Flussbett durch natürlichen Sedimenttransport wieder angehoben werden, Auen würden überflutet und damit ihre Rückhaltefunktion gestärkt - und das Wasser in der Landschaft zurückgehalten.

Quelle: Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei (IGB) <https://www.igb-berlin.de/>

<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/oder-katastrophe-von-erholung-nach-dem-fischsterben-keine-spur/> 30.12.22

Krebssterblichkeit in der EU

Die Krebssterblichkeit innerhalb der EU unterscheidet sich fast um das Doppelte, und auch zwischen den Geschlechtern gibt es große Unterschiede. Das ergab eine Studie der EU-Kommission in Zusammenarbeit mit der OECD.

Die Gründe für diese Unterschiede liegen in der unterschiedlichen Risikoexposition gegenüber Krebsfaktoren sowie in der unterschiedlichen Fähigkeit der Gesundheitssysteme, rechtzeitig und kostenlos Zugang zu Frühdiagnose, hochwertiger Krebsversorgung und -behandlung zu bieten. Screening ist der Schlüssel zur Verbesserung der Früherkennung: Die Abdeckung bei der Brustkrebsvorsorge ist jedoch sehr unterschiedlich und reicht von 6 - 90% und bei Gebärmutterhalskrebs von etwa 25 - 80%.

Die Krebssterblichkeitsrate in den Mitgliedstaaten ist bei Männern 75% höher als bei Frauen. Die größten Unterschiede sind in den baltischen Ländern, Portugal und Spanien zu verzeichnen, was ein OECD-Beamter auf Risikofaktoren wie Ernährung, Rauchen oder Alkoholkonsum zurückführt.

Krebs ist mit 26% aller Todesfälle in der Region die zweithäufigste Todesursache nach Kreislauferkrankungen. Insgesamt starben in den Mitgliedstaaten etwa 1,2 Millionen Menschen an Krebs. Die tödlichste aller Krebsarten ist nach wie vor Lungenkrebs.

Quelle: https://www.euractiv.de/section/gesundheit/news/studie-zeigt-grosse-unterschiede-bei-krebssterblichkeit-innerhalb-der-eu/?utm_source=website&utm_campaign=popular
1.2.23

elektronische Patientenakte

Gesundheitsminister Lauterbach will eine elektronische Patientenakte einführen. Die bekommt jeder, der nicht ausdrücklich widerspricht, mit einer geordneten Übersicht über alle Arztbriefe, Befunde, Medikamente. Die Patientendaten liegen schon in elektronischer Form vor – in der IT beim Arzt. Neu ist der erleichterte Zugang.

Diese medizinischen Informationen sollen auch für die Forschung in anonymisierter Form leichter zugänglich gemacht und miteinander verknüpft werden können.

In einer Stichprobe der Stiftung Warentest wollten nur 2 von 12 Ärzten ihren Patienten freiwillig Einblick in die Patientenakte gewähren. Eine App der Krankenkasse benötigt man, wenn man selber Einblick in die elektronische Akte nehmen möchte.

Ende 2024 wird die elektronische Patientenakte für alle verbindlich", kündigte Lauterbach an. Das elektronische Rezept wird ebenfalls verpflichtend.

Quelle: <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/presse/interviews/interview/fas-030324-elektronische-patientenakte.html> 3.3.23

resistente Keime

Laut einem Bericht des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sind bisherige Bemühungen zur Bekämpfung von Antibiotikaresistenzen unzureichend, die Zahl der Todesfälle durch resistente Keime steigt. Im Jahr 2020 traten in der EU und dem Europäischen Wirtschaftsraum mehr als 800.000 Infektionen durch resistente Bakterien auf, die direkt für den Tod von 35.000 Menschen verantwortlich waren. Resistenzen werden durch viele Faktoren begünstigt, darunter der weit verbreitete falsche und übermäßige Einsatz von Antibiotika bei Menschen und Tieren weltweit.

Rund 70% der Belastung durch resistente Keime sind auf Infektionen zurückzuführen, die „im Zusammenhang mit der Gesundheitsversorgung stehen.“ In den letzten 10 Jahren ist demnach der Gesamtverbrauch an antimikrobiellen Mitteln bei Menschen in der

Primärversorgung und in Krankenhäusern um 23% zurückgegangen. Ein weiterer dämpfender Faktor ist der in den letzten zehn Jahren um 15% gestiegene Einsatz von Breitspektrum-Antibiotika, die gegen viele verschiedene Bakterien und nicht nur gegen die krankheitsverursachenden Bakterien wirken. Der Einsatz eines bestimmten Breitspektrum-Antibiotikums, der Carbapeneme, die auch als Antibiotikum der letzten Wahl gelten, stieg im Gesundheitswesen um 34%.

Der Anteil der Reserveantibiotika, die der Behandlung von bestätigten oder vermuteten multiresistenten Infektionen vorbehalten sein sollten, hat sich mehr als verdoppelt.

Die Transportzeiten für Tiere sollten verkürzt werden, um das Risiko antibiotikaresistenter Keime zu verringern.

Quelle: <https://www.euractiv.de/section/antimikrobielle-resistenz/news/eu-behoerde-35-000-todesfaelle-jaehlich-durch-resistente-keime/> 18.11.22

Nahrungsmittelzusätze

Die großen Nahrungsmittelkonzerne verarbeiten in ganz vielen Produkte immer mehr Zucker, Fette und Salz. Das führt dazu, daß bis 2030 ist die Hälfte der Weltbevölkerung übergewichtig oder fettleibig sein wird. Adipositas sorgt für einen rasanten Anstieg von Diabetes, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Krebs – und wird zum schwersten Gesundheitsproblem weltweit. Doch überall wehren sich Menschen gegen dieses Schicksal und versuchen, die Kontrolle über ihre Körper zurückzugewinnen.

Zuckerhaltige Getränke haben Suchtpotential, irreführende Werbung zielt auf Kinder und Geringverdienende ab, die Lobbyarbeit der Lebensmittelkonzerne befindet sich an der Grenze zur Illegalität. Insbesondere die Politik in Chile hat in diesem Kampf Erfolge erzielt.

Quelle: Arte-Doku „Dick, dicker, fettes“ Geld (Dauer 88 min, verfügbar bis 20.5.23)

<https://www.arte.tv/de/videos/083970-000-A/dick-dicker-fettes-geld/> 15.11.22

chinesischer Genforscher wieder aktiv

Der chinesische Biophysiker He Jiankui, der Schöpfer der ersten Designerbabys, hatte vor 5 Jahren mit der genetischen Veränderung von menschlichen Embryonen weltweit Empörung und Entsetzen ausgelöst. He hatte mithilfe der Genschere Crispr-Cas das Erbgut der künstlich befruchteten Embryonen verändert. Drei Kinder sind aus seinen illegalen Menschenexperimenten hervorgegangen. Dann wurde er von einem chinesischen Gericht dafür zu einer Haftstrafe von 3 Jahren verurteilt.

Nun forscht wieder an einer neuen Gentherapie und hat damit begonnen, Testpersonen für eine neue Gentherapie zu rekrutieren. Die Behörden in Hongkong widerriefen jedoch die Genehmigung. In allen Anfragen entzog sich He jeglicher kritischer Auseinandersetzung zu seinen Menschenexperimenten. Auf Twitter verbreitet er seine Interviews teils zusammen mit Spendenaufrufen. Frühere Weggefährten haben den Biophysiker als jemanden beschrieben, der von Ehrgeiz getrieben sei, nach Ruhm strebe und sich für ein verkanntes Genie halte.

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/gesundheit/he-jiankui-der-schoepfer-der-designerbabys-forscht-wieder-18695460.html> 21.2.23

Klinikreform

Deutschlands Krankenhauslandschaft soll grundlegend reformiert werden. Doch über das Vorgehen gab es zwischen Bund und Ländern öffentlichen Streit. Nun haben sie sich geeinigt. Die Gesundheitsminister von Bund und Ländern haben die Vorschläge einer von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) eingesetzten Regierungskommission ihre Zustimmung gegeben.

Es gibt hierzulande zwar überdurchschnittlich viele Kliniken und überdurchschnittlich viele Betten, aber 60% der Krankenhäuser hätten erhebliche finanzielle Probleme. Ohne eine große Reform würden viele Krankenhäuser in die Insolvenz gehen. Zudem gebe es große Qualitätsprobleme. Vielerorts könne die Versorgung nicht in der nötigen Qualität erbracht werden. Es gibt zu viele unnötige Operationen, andererseits müssen Stationen schließen, weil sie sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen. Dafür sollen die Kliniken nun feste Beträge für das Vorhalten etwa von Personal, medizinischem Gerät oder einer Notaufnahme erhalten.

Die Krankenhäuser sollen in drei Kategorien a) Grundversorger, b) Regel- und Schwerpunktversorger für kompliziertere Eingriffe sowie c) Maximalversorger wie Unikliniken eingeteilt und entsprechend bezahlt werden.

Quelle: FAZ, 6.1.23

Long Covid und CFS

Etwa 10% aller Menschen, die sich mit Sars-CoV-2 infiziert haben, entwickeln eine Long-Covid-Erkrankung, also Symptome, die 4 Wochen nach der Infektion noch immer nicht verschwunden sind. Für Deutschland, wo sich mittlerweile fast 23 Millionen Menschen nachweislich mit Covid-19 angesteckt haben, hieße das, daß insgesamt mehr als 2 Millionen Patienten davon betroffen wären. Bei einer Vielzahl der Patienten bildet sich Long Covid in den ersten zehn Wochen nach der Erkrankung zurück. Aber auch bei denen, die länger als drei Monate Beschwerden haben, liegen keine strukturellen Veränderungen des Gehirns nach einer milden Covid-19-Erkrankung vor. „Unsere Daten liefern aber auch einen weiteren Beleg dafür, daß es sich bei ME/CFS nicht um eine psychosomatische, sondern um eine schwerwiegende körperliche Erkrankung handelt, die man mit objektiven Untersuchungsmethoden erfassen kann“, betont Carmen Scheibenbogen von der Charite in Berlin.

Einig sind sich die Mediziner auch darin, daß vollständige Impfungen gegen das Coronavirus nicht nur vor schweren Krankheitsverläufen schützen, sondern auch vor Long Covid oder Post Covid. Mittlerweile kommen zwar auch Menschen in die Sprechstunde, die trotz Impfung an CFS-Symptomen leiden. Die Daten sagen aber, daß die Impfung eine etwa 50-prozentige Minderung des Risikos, an Long Covid zu erkranken, mit sich bringt.

Halten Beschwerden länger als 3 Monate an oder treten wieder erneut auf, sprechen Mediziner vom Post-Covid-Syndrom, einer Erkrankung, die sich sehr häufig durch schwere Erschöpfung, Konzentrationsstörungen und Luftnot unter Belastung äußert. Viele Patienten leiden so sehr, daß sie ihrem Alltag nicht mehr gewachsen sind. Viele, die dauerhaft erkranken, sind im Alter zwischen 30 und 50 Jahren. Die Patienten klagen am häufigsten über Konzentrations- und Gedächtnisstörungen sowie Spannungskopfschmerz. Manche sind so schwer eingeschränkt, daß sie ihrem Beruf nicht mehr nachgehen können.

Erschöpfung und körperliche Schwäche, tritt sonst häufig bei chronisch-entzündlichen Erkrankungen auf, wie zum Beispiel bei einer Infektion mit dem Epstein-Barr-Virus oder auch bei Grippe. Viele können dann keinen Sport mehr machen. Wer es trotzdem versucht, läuft Gefahr, die Erkrankung zu verschlimmern. Es kann zu einem richtigen Crash kommen, der dazu führt, daß man tagelang liegen muß, im dunklen Zimmer, weil man oft auch sehr reizempfindlich ist. Long-Covid-Fatigue hat viele Ähnlichkeiten mit dem Chronischen Fatigue-Syndrom (CFS) und geht wohl auf einen Energienotstand des Gehirns zurück. Das Gehirn benötigt rund um die Uhr Energie, in Form von Glukose und Sauerstoff, beides liefert das Blut.

Die energetische Erschöpfung kann auftreten, wenn Nervenzellen oder die sie unterstützenden Gliazellen im Gehirn, vor allem Astrozyten und Oligodendrozyten, vom

SARS-CoV-2 selbst infiziert werden. Die Höhe der Viruslast bei der Akutinfektion scheint ebenso eine Rolle zu spielen wie eine Reaktivierung des Epstein-Barr-Virus, wenn es schon einmal eine Erkrankung ausgelöst hat, und ein niedriger Spiegel bestimmter Immunglobuline (Antikörper). Bei immerhin einem Viertel der Patienten wurde ein Mangel an Mannose-bindendem Lektin (MBL) festgestellt, ein Protein, das dabei hilft, Erreger zu neutralisieren.

Das Immunsystem des Körpers kontrolliert ebenfalls das Gehirn und kann die hirneigenen Immunzellen in Form der Mikrogliazellen aktivieren. Entzündliche Prozesse im Gehirn können durch Botenstoffe des Immunsystems aus dem Körper in das Gehirn gelangen und dort eine lang anhaltende entzündliche Reaktion über die Aktivierung des Immunsystems verursachen. Lange hat es bis zu dieser Einsicht gedauert, daß sowohl bakterielle wie auch virale Infektionen, die nicht direkt das Gehirn betreffen, immunologische Reaktionen im Gehirn auslösen können. Vielmehr muß man unser Immunsystem mit all seinen Schattenseiten berücksichtigen, ebenso wie das Mikrobiom im Darm, das ebenfalls Einfluss auf das Gehirn hat, sowie die genetische Ausstattung eines jeden Menschen.

Bei etwa 25% der Erkrankten werden erhöhte Autoantikörper festgestellt, häufig solche, die sich gegen Stressrezeptoren richten, die über das Hormon Adrenalin unbewusste Körperfunktionen wie Atmung oder Herzschlag steuern. Die Höhe der Antikörper korreliert mit der Schwere der Symptome. Long Covid kann beispielsweise als Folge einer Autoimmunreaktion auftreten, was erklären könnte, warum so viele Frauen betroffen sind. Auch Autoimmunerkrankungen treffen zu zwei Drittel Frauen, sind oft ähnlich diffus und vielfältig in den Symptomen. Frauen erleiden seltener einen schweren Covid-19-Verlauf, weil ihr Immunsystem schneller reagiert als das langsamere Immunsystem von Männern. Doch genau diese schnelle, ausgeprägte Immunreaktion ist wohl auch dafür verantwortlich, daß Frauen stärker von Autoimmunreaktionen betroffen sind.

Ein weiterer Grund für die energetische Unterversorgung bei der Fatigue, aber auch für viele andere Symptome wie Schlaf-, Gedächtnis- und Konzentrationsstörungen, ist die Infektion der kleinen Gefäße. Die Perizyten, die zum Teil die Blutgefäße auskleiden und sich kontrahieren können, werden undurchlässiger. Und als wäre das nicht genug, werden die Blutgefäße auch noch durch verklumpte Blutzellen, die sogenannten Thromben, verstopft. Dies trifft das Gehirn besonders, da es von unendlich vielen kleinen Blutgefäßen durchzogen wird, so daß ständig 15% unseres Bluts durch das Gehirn fließen, obwohl es nur 2% unseres Körpergewichtes ausmacht.

Verlangsamung des Wahrnehmens, Denkens und Handelns, deuten auch auf neuronale Probleme der Reizfortleitung. Und in der Tat gehört eine Beeinträchtigung der Funktion der Oligodendrozyten, die die Isolation der Axone übernehmen, mit zum Erscheinungsbild der Folgen einer entzündlichen Reaktion im Gehirn.

Neuroinflammatorische Prozesse sind auch an der Entstehung der Alzheimerkrankheit, der Multiplen Sklerose, und deren Verlauf beteiligt.

Auch haben einige Long-Covid-Studien gezeigt, daß Vorerkrankungen, ob vom Gehirn oder Herzen, durch Long Covid verstärkt werden können. Etwa 10% der Patienten leiden auch unter einer Schilddrüsenentzündung.

Quelle: <https://www.ndr.de/nachrichten/info/Corona-Podcast-Long-Covid-und-Post-Covid-ein-Riesenproblem.coronavirusupdate242.html> 12.4.22

<https://www.mdc-berlin.de/de/news/press/sars-cov-2-kann-chronisches-fatigue-syndrom-ausloesen> 31.8.22

FAZ, 16.11.22: „Long Covid im Nebel zwischen den Disziplinen“

Artenschutz

In Montreal fand die 15. UN-Artenschutzkonferenz (COP-15) statt. Die zweiwöchige Konferenz hätte eigentlich im Jahr 2020 in der chinesischen Großstadt Kunming stattfinden sollen, wurde dann aber mehrfach verschoben wegen Chinas Null-Corona-Politik. Deshalb findet die COP-15 nun unter chinesischem Vorsitz in Kanada statt. Der jüngste Bericht des Weltbiodiversitätsrates IPBES aus dem Jahr 2019 zeigt, daß heute etwas Ähnliches passiert: Eine Million Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht.

Die Gründe für den Verlust von Tier- und Pflanzenarten sind sehr viel heterogener und vor allem lokaler. Der IPBES-Bericht nennt gleich fünf Treiber für das aktuelle Artensterben: Änderungen der Landnutzung, die wirtschaftliche Nutzung von Tieren und Pflanzen, die Klimaerwärmung, die Umweltverschmutzung und die Ausbreitung invasiver Arten. Aus diesem Grund ist es auch viel schwieriger, ein Ziel zu formulieren.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/international/bekommt-der-artenschutz-sein-paris-abkommen> 3.12.22

Das Artensterben ist heute mindestens zehn- bis hundertmal höher als im Durchschnitt der letzten zehn Millionen Jahre. Drei Viertel der Landoberfläche und zwei Drittel der Meeresfläche sind durch menschlichen Einfluss verändert. Fast ein Drittel der weltweiten Waldfläche ist verschwunden, verglichen mit dem vorindustriellen Zeitalter. Über 85% der Feuchtgebiete sind in den letzten 300 Jahren verloren gegangen. Die Hälfte der lebenden Korallen ist seit 1870 verschwunden.

Die Leistungen der Ökosysteme wie sauberes Wasser, Regulation des Klimas, Bestäubung von Pflanzen oder auch Arbeitsplätze etwa im Tourismus werden völlig unterschätzt. Die Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) – das entspricht einem Betrag von 40 Billionen Euro – ist letzten Endes abhängig von der Natur.

Quelle: <https://www.klimareporter.de/international/last-exit-montreal> 7.12.22

entwaldungsfreie Lieferketten

Das Europäische Parlament und der Rat der EU-Staaten haben sich auf eine neue EU-Verordnung über entwaldungsfreie Lieferketten geeinigt.

Mit der neuen Verordnung werden strenge verbindliche Sorgfaltspflichtvorschriften für Unternehmen festgelegt, wenn sie folgende Waren in der EU in Verkehr bringen oder aus der EU ausführen: Palmöl, Rindfleisch, Soja, Kaffee, Kakao, Holz und Kautschuk sowie daraus hergestellte Erzeugnisse (wie Rindfleisch, Möbel oder Schokolade). Diese Rohstoffe wurden auf der Grundlage einer gründlichen Folgenabschätzung ausgewählt, in der sie als Hauptursache für die Entwaldung aufgrund der Ausweitung der Landwirtschaft ermittelt wurden.

Marktteilnehmer und Händler müssen nachweisen, daß die Erzeugnisse sowohl entwaldungsfrei (d.h. auf Flächen erzeugt, die nicht nach Ende 2020 entwaldet wurden), als auch legal (im Einklang mit allen im Erzeugerland geltenden einschlägigen Rechtsvorschriften) sind. Die Unternehmen werden auch verpflichtet sein, genaue geografische Informationen über die landwirtschaftlichen Nutzflächen zu erheben, auf denen die von ihnen bezogenen Erzeugnisse erzeugt wurden, damit diese auf Einhaltung der Vorschriften überprüft werden können. Die Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, daß die Nichteinhaltung der Vorschriften zu wirksamen und abschreckenden Sanktionen führt. Die Kommission wird ein Benchmarking-System einführen, bei dem die Länder oder Teile davon und ihr Risiko für Entwaldung und Waldschädigung – hoch, normal oder gering – unter Berücksichtigung der Ausweitung der Landwirtschaft bei der Erzeugung der sieben Rohstoffe und ihrer Folgeprodukte bewertet werden.

Entwaldung und Waldschädigung sind Hauptursachen der beiden bedeutendsten Herausforderungen unserer Zeit – der Klimawandel und der Verlust biologischer Vielfalt. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schätzt, daß von 1990 bis 2020 420 Millionen Hektar Wald abgeholzt wurden. Das entspricht einer Fläche, die größer ist als die Europäische Union. Unterm Strich wurden den FAO-Schätzungen zufolge in diesem Zeitraum 178 Millionen Hektar Wald mehr abgeholzt als neu angepflanzt oder regeneriert – eine Fläche, die dreimal so groß ist wie Frankreich. Der Weltklimarat (IPCC) schätzt, daß 23% aller anthropogenen Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2007-2016 aus der Land- oder Forstwirtschaft und anderen Landnutzungen stammten. Rund 11% aller Emissionen entfielen auf die Forstwirtschaft und andere Landnutzungen und waren überwiegend auf Entwaldung zurückzuführen. Bei den verbleibenden 12% handelte es um direkte Emissionen aus der landwirtschaftlichen Erzeugung von z.B. Vieh und Düngemitteln.

Quelle: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_21_5919

https://ec.europa.eu/environment/publications/proposal-regulation-deforestation-free-products_de

https://germany.representation.ec.europa.eu/news/palmol-rindfleisch-soja-und-co-einigung-uber-entwaldungsfreie-lieferketten-2022-12-06_de

<https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/einigung-ueber-entwaldungsfreie-lieferketten/>
8.12.22

EU-Agrarsubventionen

Der größte Posten im EU-Haushalt sind die Agrarsubventionen. Anders als versprochen profitieren noch immer große Unternehmen.

Frankreich, Spanien und Deutschland profitieren am meisten davon. Mehr als 400.000 Empfänger bekamen hierzulande seit 2014 gut 53 Milliarden Euro. Die Subventionen gehen dabei vor allem nach Bayern und Niedersachsen, die in den vergangenen Jahren zusammen rund ein Drittel der deutschen Subventionen erhalten haben.

Deutsche Landwirte erhielten im Schnitt für die vergangenen 8 Jahre 127.000 Euro. Doch die Schere geht weit auseinander: Das oberste Prozent der Empfänger erhielt fast ein Viertel aller Subventionen - also mehr als zwölf Milliarden Euro oder knapp 30.000 Euro pro Betrieb im Monat. Die gesamte untere Hälfte der kleinen landwirtschaftlichen Betriebe und Landwirte zusammen dagegen weniger als 4 Milliarden. Das sind gerade einmal 200 Euro pro Betrieb im Monat.

Mehr als 50 Landwirte, die wegen Tierquälerei aufgefallen waren, haben dennoch Agrarsubventionen erhalten.

Das oberste Prozent der Empfänger kassiert in Europa mehr als ein Drittel aller Subventionen. Immer wieder zeigt sich, daß eigentlich branchenfremde Investoren und Institutionen von den landwirtschaftlichen Subventionen profitieren. Der Energiekonzern RWE erhielt seit 2014 mehr als 3 Millionen Euro. Auf Anfrage schrieb ein Sprecher, daß RWE Böden, die für den Bergbau genutzt wurden, für die Landwirtschaft rekultivierten. Dazu gehörten auch Agrarsubventionen, weil diese sonst für nachfolgende Landwirte nicht mehr zur Verfügung stünden. Die Bayer AG und BASF erhielten jeweils rund eine Millionen Euro.

Die EU zahlt Subventionen an Obst- und Gemüseproduzenten, obwohl sie gegen EU-Vorschriften verstoßen.

Nach der Wiedervereinigung wurden die sogenannten LPGs in Ostdeutschland privatisiert, wodurch große Flächen an einzelne Privat-Unternehmer gingen. Allein unter den 100 größten Empfängern in Deutschland befinden sich der Analyse zufolge mindestens 24 LPGs.

Sieben der zehn größten Fleischproduzenten haben in den vergangenen Jahren Agrarsubventionen erhalten und auch Betriebe, die gegen das Tierschutzgesetz verstoßen haben, sind unter den Empfängern. Entgegen der klimapolitischen Zielsetzungen der Agrarsubventionen, finden sich auch etliche große Firmen in der Datenbank, die mit hohen Treibhausgas-Emissionen wesentlich zur Klimakrise beitragen.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/eu-agrarsubventionen-unternehmen-101.html> 1.12.22

Bruderhähne sterben im Ausland

In Deutschland ist es seit 2022 verboten, Küken zu schreddern oder mit Gas zu töten. Die männlichen Küken, die sogenannten Bruderhähne müssen nun vor dem Schlüpfen getötet oder aufgezogen werden. Als Fleischlieferanten für die Industrie sind sie unrentabel, weil sie wenig und langsam Gewicht ansetzen.

Deutschland war damit das erste Land, das die grausame Praxis beendete. Die Schweiz plant ein Verbot ab 2026. Die Konsumentenorganisation „Foodwatch“ zählte nun nach, wie viele Bruderhähne im Jahr 2022 schlüpften und was aus ihnen geworden ist. Von den 9 Millionen männlichen Küken fehlt so gut wie jede Spur. Fragen beim Zentralverband der Geflügelindustrie und den zuständigen Behörden gingen ins Leere. Man wisse es nicht, bekam Foodwatch zu hören. Kontrollen gab es offenbar keine. Wenigstens 300.000 Küken transportierten die Zuchtbetriebe vermutlich nach Polen, fand der Verein heraus. In mindestens einem Fall wurden die Küken dort getötet. Von dort „werde das Fleisch dann weiterverkauft – in der Regel auf den afrikanischen Kontinent“. Genau habe der Verband den Verbleib der Hähne aber nicht verfolgt. Das Landwirtschaftsministerium des Landes Nordrhein-Westfalen bestätigte, daß 3 Brütereien Küken ins Ausland exportieren.

Peta teilt diese Meinung. Das Gesetz besage nur, daß für eine bestimmte Anzahl Eier eine bestimmte Anzahl Hähne aufgezogen werden müssen, gibt die Tierrechtsorganisation zu bedenken. Die Aufzucht müsse nicht einmal in Deutschland geschehen. Ein Züchter könne das Gesetz umgehen, die Bruderhähne noch immer nach dem Schlüpfen töten und dafür Masthähne in anderen Ländern aufziehen. Der Export des Bruderhahn-Fleisches, für das es in Europa kaum einen Markt gebe, zerstöre zudem die Wirtschaft in Westafrika.

Foodwatch und viele Tierschutzorganisationen setzen sich stattdessen für die Züchtung von Zweinutzungshühnern ein. Das sind Hühnerrassen, die sowohl Eier legen wie auch genügend zunehmen, um in der Mast rentabel zu sein. Eine dieser Rassen ist übrigens das Schweizerhuhn, das Anfang des Jahrtausends fast ausgestorben wäre.

Andere Hoffnungen ruhen auf Entwicklungen in Israel, die noch nicht marktreif sind. Eine will das Geschlecht der Küken schon im Ei durch Schall ändern, die andere durch gentechnisch veränderte Hühnerrassen nur noch weibliche Hühnerembryos produzieren.

Quelle: <https://www.infosperber.ch/gesundheit/ernaehrung/bruderhaehne-toeten-verbotten-nun-sterben-sie-im-ausland/> 14.1.23

<https://www.foodwatch.org/de/aktuelle-nachrichten/2023/kuekentoeten-verbot-sag-mir-wo-die-haehne-sind/>

<https://www.tagesschau.de/inland/regional/nordrheinwestfalen/wdr-story-52823.html>

Versuchstiere in Deutschland

5.058.242 Tiere – diese erschreckende Bilanz zeigen die aktuell veröffentlichten offiziellen Tierversuchstatistiken. Der Grund für eine völlig andere, viel höhere Zahl als 2020 (ca. 2,5 Mio.) liegt darin, daß 2021 erstmals die Zahl der sogenannten Überschusstiere erfasst wurde: Tiere, die im Labor geboren, aber nicht für Versuche oder zur Organentnahme verwendet wurden und getötet wurden, weil sie zu alt sind, das „falsche“ Geschlecht oder unerwünschte genetische Merkmale haben. In jedem Fall fehlen die wirbellosen Tiere

außer Kopffüßer – Insekten, Krebse und andere Wirbellose tauchen nämlich in keiner Statistik auf.

Im Jahr 2021 wurden 1.859.475 Tiere in Tierversuchen verwendet und größtenteils getötet. Weitere 644.207 Tiere wurden zu „wissenschaftlichen Zwecken“ getötet, etwa um Organe oder Gewebe zu entnehmen. Zusammen ergibt sich eine Zahl von 2.503.682 Tieren, die mit den Vorjahren vergleichbar ist. 2020 lag diese Zahl bei 2.503.682, das sind 29.982 Tiere weniger als 2021.

Mit einem prozentualen Anteil von 4,3% ist der Anteil der Schweregrad „schwer“-Versuche wieder gestiegen. In absoluten Zahlen litten 79.451 Tiere in Versuchen, die z. B. Elektroschocks, denen das Tier nicht entkommen kann, Schwimmen bis zur Verzweiflung, Tod durch Abstoßung von Transplantaten oder Tod durch Vergiftung beinhalteten.

Mäuse sind die in der Forschung mit Abstand am häufigsten verwendeten Tiere und machten 2021 mit 1.342.779 Tieren ganze 72,2% der Gesamtzahl aus. Fische sind mit 226.094 die zweithäufigste Tierart, gefolgt von Ratten mit 135.022. Es werden aber auch nach wie vor Kaninchen (62.771), Vögel (26.745), Hunde (2.657), Katzen (862), Meerschweinchen (8.731), Schweine (11.151), Affen (1.886) und Pferde/Esel (1.852) verwendet.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/umwelt/5-millionen-tiere-litten-2021-in-deutschen-laboren/> 6.1.23

Ärzte gegen Tierversuche <https://www.aerzte-gegen-tierversuche.de/>

Neue Gentechnik

Testbiotech hat im Auftrag des Verbraucherzentrale Bundesverbandes (vzbv) ein Gutachten zu Risiken der Neuen Gentechnik (NGT, auch Genome Editing) für Umwelt und VerbraucherInnen vorgelegt. Darin werden Eckpunkte für die künftige Regulierung von NGT-Organismen empfohlen. Testbiotech schlägt zwei Säulen der Zulassungsprüfung vor: zum einen eine Untersuchung der Risiken, die beabsichtigte als auch unbeabsichtigte genetische Veränderungen einbezieht. Zum anderen sollen auch die angeblichen Vorteile der Organismen zur Lösung drängender Probleme im Rahmen einer Technikfolgenabschätzung überprüft werden. Nur wenn beide Prüfungen zu einem positiven Ergebnis kommen, könne eine Zulassung erteilt werden.

Testbiotech warnt, daß die Lebensgrundlagen künftiger Generationen gefährdet werden, sollte es nicht gelingen, die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen wirksam zu kontrollieren. Dabei würden Freisetzungen im großen Maßstab auch zwangsläufig die Wahrscheinlichkeit für unerwartete und unerwünschte Wechselwirkungen erhöhen.

Nach Einschätzung von Testbiotech gehen die bisherigen Vorschläge der EU-Kommission zur künftigen Regulierung von NGT-Organismen an der Realität vorbei. Die Kommission beruft sich dabei insbesondere auf Stellungnahmen der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA zu NGT-Pflanzen, obwohl diese bisher gar kein Mandat hatte, die Risiken dieser Pflanzen umfassend zu untersuchen. So fehlen u.a. eine eingehende Bewertung unbeabsichtigter genetischer Veränderungen ebenso wie Einschätzungen zu möglichen Wechselwirkungen von unterschiedlichen NGT-Organismen in der Umwelt. Testbiotech betont die Rolle der Technikfolgenabschätzung. Die Verfahren der NGTs haben zwar ein großes Potential für genetische Veränderungen, dies kann jedoch nicht automatisch mit der Erzielung von echten Vorteilen gleichgesetzt werden. Es bedarf Leitlinien und Kriterien, um zwischen ‚tatsächlichen Vorteilen‘ und ‚leeren Versprechungen‘ zu unterscheiden. So zeigen viele Pflanzen oder Tiere, die mit NGTs in ihrem Erbgut verändert wurden, erhebliche Beeinträchtigungen in ihrer Vitalität. Diese Nachteile können unter Umständen durch langwierige weitere Züchtung behoben werden. Anders als die bisherige Zulassungsprüfung kann eine Technikfolgenabschätzung diese Nachteile

gegenüber den behaupteten Vorteilen abwägen und dabei auch weitere wichtige Faktoren wie z.B. Patente, die Wahlfreiheit der VerbraucherInnen und den Schutz der traditionellen Lebensmittelproduktion berücksichtigen.

Insgesamt impliziert der Einsatz von NGTs eine Dimension der Eingriffstiefe in die natürlichen Lebensgrundlagen. Dies kann zu extremen Ausformungen biologischer Eigenschaften und zu unbeabsichtigten genetischen Veränderungen führen, die im Rahmen der konventionellen Züchtung oder natürlicher Prozesse nicht zu erwarten sind.

Quelle: <https://www.testbiotech.org/aktuelles/testbiotech-legt-gutachten-zur-neuen-gentechnik-vor> 8.11.22

https://www.vzbv.de/sites/default/files/2022-11/vzbv-report_final_final.pdf

Neonicotinoide

Obwohl ihr Einsatz inzwischen seit mehreren Jahren EU-weit verboten ist, landen bestimmte Neonicotinoide weiterhin Jahr für Jahr auf europäischen Äckern. Dabei dürfen die Insektengifte aus gutem Grund nicht mehr eingesetzt werden: Sie sind besonders gefährlich für Bienen und andere Bestäuber. Doch indem sogenannte Notfallzulassungen erteilt werden, umgehen viele Mitgliedstaaten das Verbot. Damit ist jetzt per Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) Schluss.

Das Urteil resultiert aus einer Klage der Umweltorganisationen Pestizid Aktions-Netzwerk (PAN Europe) und Nature & Progrès Belgium sowie eines belgischen Imkers, die 2019 beim belgischen Verwaltungsgericht eingereicht wurde.

Laut dem Urteil des EuGH ist es EU-Mitgliedsstaaten nicht erlaubt, „das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln zur Behandlung von Saatgut sowie das Inverkehrbringen und die Verwendung von mit diesen Produkten behandeltem Saatgut zuzulassen, wenn das Inverkehrbringen und die Verwendung von mit diesen Produkten behandeltem Saatgut ausdrücklich mit einer Durchführungsverordnung untersagt wurden.“ Damit ist die Aussaat von Saatgut, das mit den Neonicotinoiden behandelt wurde, unzulässig.

Da Neonicotinoide systemisch wirken, wird das Gift in der ganzen Pflanze verteilt – von der Wurzel bis in den Nektar und Pollen. Im Guttationswasser, das die Pflanzen über die Blätter ausscheiden, sind die Gifte auch mehr als 200 Tage nach der Aussaat noch in hohen Konzentrationen nachweisbar. Die Insekten nehmen diese Tröpfchen auf und können durch die darin enthaltenen Gifte geschädigt werden. Ein weiteres gravierendes Problem ist, daß die zur Beize genutzten Neonicotinoide im Boden verbleiben und auch von blühenden Unkräutern im Zuckerrübenbestand und von Nachfolgekulturen aufgenommen werden können.

Eine Notfallzulassung ist eigentlich auf 120 Tage begrenzt. Es kommt allerdings immer wieder vor, daß solche Genehmigungen für ein Pestizid jedes Jahr aufs Neue erteilt werden.

Quelle: <https://umweltinstitut.org/landwirtschaft/meldungen/neonicotinoide-notfallzulassungen-fuer-bienengefaehrliche-ackergifte-rechtswidrig/> 8.2.23

Eine 2017 veröffentlichte Studie kam zu dem Ergebnis, daß in den vergangenen drei Jahrzehnten die Masse der Insekten um mehr als 75% zurückgegangen ist. Insektengifte können bereits in sehr kleinen Mengen Insekten töten oder ihr Nervensystem schädigen. So genügt beispielsweise bereits ein Teelöffel mit 5g des Neonicotinoids Imidacloprid, um 1,25 Milliarden Bienen zu töten.

Nach einer viel zu langen Debatte entschied sich die EU 2013 für ein teilweises Verbot von 3 der am häufigsten eingesetzten Neonicotinoide (Clothianidin, Imidacloprid und Thiamethoxam), welche demzufolge nicht mehr auf blühende Pflanzen gesprüht werden durften. Die Anwendung auf nicht blühenden Pflanzen bzw. nach der Blüte und die

Verwendung als Beizmittel für Futterrüben, Zuckerrüben, Kartoffeln und Gemüsesaaten war jedoch für einige Jahre weiterhin erlaubt. Der Einsatz auf Maissaatgut ist 2008 in Deutschland vom Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) verboten worden. Doch trotz dieser Einschränkungen ging der Absatz der hochgiftigen Mittel lange nicht zurück.

Im April 2018 sprach sich die Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten schließlich dafür aus, daß die Gifte nicht mehr im Freien eingesetzt werden dürfen. Innerhalb von Gewächshäusern war die Verwendung aber nach wie vor erlaubt.

In Deutschland sind inzwischen außerdem Pestizidmischungen zugelassen, die drei neue Insektengifte – Sulfoxaflor, Flupyradifuron und Cyantraniliprol -enthalten. Obwohl die neuen Pestizide ähnlich wirken wie Neonicotinoide und die gravierenden Auswirkungen dieser „alten“ Gifte bekannt ist, wurden die Pestizide schon vor einigen Jahren auf EU-Ebene genehmigt. Auch diese neuen Insektengifte wirken systemisch und stellen somit auch für Honigbienen und wildlebende Insekten eine große Gefahr dar.

Sulfoxaflor stammt vom US-amerikanischen Chemiekonzern Dow AgroSciences. Das Insektengift wurde auf EU-Ebene zugelassen, obwohl wichtige Daten zur Auswirkung auf Honigbienen und andere so genannte Nichtzielorganismen (also Organismen, die mit dem Gift nicht bekämpft werden sollen) fehlten. Die EFSA stellte außerdem fest, daß von Sulfoxaflor bei bestimmten Anwendungen ein hohes Risiko für Honigbienen und Langzeitrisiken für kleine pflanzenfressende Säugetiere nicht auszuschließen ist.

Trotzdem sind Pestizidmischungen mit Sulfoxaflor inzwischen in mehreren Mitgliedstaaten, unter anderem auch in Deutschland, zugelassen.

Eine unabhängige Studie aus dem Jahr 2018 hat außerdem gravierende Auswirkungen von Sulfoxaflor auch für die Dunkle Erdhummel nachgewiesen. Hummelvölker, die dem Gift in solchen Mengen ausgesetzt waren, wie sie nach dem Ausbringen auf Feldern zu finden sind, hatten weniger als halb so viele Nachkommen wie Völker, die damit nicht in Kontakt kamen.

Seit dem Frühjahr 2022 ist der Einsatz von Mitteln, die Sulfoxaflor enthalten, EU-weit auf die Verwendung in Gewächshäusern beschränkt. Dadurch soll ein gewisser Schutz der Bestäuber gewährleistet werden. Doch auch Gewächshäuser sind keine geschlossenen Systeme und Sulfoxaflor stellt weiterhin für Bestäuber eine Gefahr dar.

Das Insektizid stammt vom ebenfalls US-amerikanischen Konzern DuPont, der inzwischen mit Dow AgroSciences fusioniert hat. Schon bevor überhaupt ein Pestizid mit diesem Wirkstoff in Deutschland genehmigt wurde, kam Cyantraniliprol durch sogenannte Notfallzulassungen zum Einsatz. Notfallzulassungen erteilt das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL), „wenn eine Gefahr anders nicht abzuwehren ist“. Diese Genehmigung erfolgt in diesem Fall ohne Bewertung der Umweltgefahren durch das Umweltbundesamt. Eine Notfallzulassung ist eigentlich auf 120 Tage begrenzt. Cyantraniliprol durfte so allerdings schon in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren eingesetzt werden.

Außerdem durfte bereits vor der offiziellen Zulassung von Mitteln mit Cyantraniliprol behandeltes (gebeiztes) Saatgut aus EU-Staaten, in denen Pestizide mit dem Wirkstoff zugelassen sind, nach Deutschland importiert werden.

Flupyradifuron wurde vom deutschen Bayer-Konzern entwickelt. Auch Flupyradifuron hat denselben Wirkmechanismus wie die verbotenen Neonicotinoide, wobei der Pestizidwirkstoff sich an die Rezeptoren der Nervenzellen bindet und so die Weiterleitung von Nervenreizen stört.

Eine Studie der Universität Würzburg ergab, daß nicht tödliche Dosen von Flupyradifuron nach einmaliger Verabreichung an sammelnde Honigbienen die Geschmackswahrnehmung sowie das Lernen und das Gedächtnis der Insekten negativ

beeinflussen. Weitere Forschung ist hier von großer Bedeutung, da einige Auswirkungen, wie z.B. Störungen der motorischen Fähigkeiten, der Orientierung von Bienen oder Schädigungen von anderen Bestäubern, noch nicht ausgeschlossen werden können. In mehreren Mitgliedstaaten, darunter auch in Deutschland, wurden bereits Zulassungen für Pestizidmischungen mit diesem Wirkstoff erteilt. Einige dürfen trotz ihrer Gefahren für Bestäuber sogar in Haus- und Kleingärten eingesetzt werden. Das einzige für die landwirtschaftliche Anwendung zugelassene Mittel ist auf die Anwendung in Gewächshäusern beschränkt.

Quelle: Umweltinstitut München <https://umweltinstitut.org/landwirtschaft/insektengifte/>

Quick Freeze

Am 20.9.22 entschied der EuGH, daß die deutsche Gesetzgebung zur Vorratsdatenspeicherung nicht mit dem Europäischen Recht vereinbar ist.

Bundesinnenministerin Faeser steht auf dem Standpunkt, daß eine Vorratsdatenspeicherung zur Bekämpfung schwerwiegender Kriminalität nach wie vor zwingend notwendig ist.

Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden verfügen aber schon jetzt auch jenseits der Vorratsdatenspeicherung über ein breites Repertoire repressiver Maßnahmen, mit denen Bürgerinnen und Bürger teils auch heimlich ausgespäht werden können.

Die Aufklärungsquote bei Internetdelikten liegt laut amtlicher Kriminalstatistik auch ohne die Vorratsdatenspeicherung oder inhaltlich vergleichbare Ermittlungsinstrumente schon jetzt bei der Bekämpfung kinderpornografischer Darstellungen sogar bei 90%. Auch das Max-Planck-Institut hat vor einigen Jahren in einem viel beachteten öffentlichen Gutachten bezweifelt, daß die Vorratsdatenspeicherung ein geeignetes Mittel darstellt, um den grundrechtlichen Eingriff durch anlasslose Massenüberwachung zu rechtfertigen.

Quelle: GI 7.10.22

Vernetzte Fahrzeuge

Die Kommunikationsschnittstellen ermöglichen Funktionen wie Softwareupdates, verkehrsabhängige Routenplanung oder eine cloudbasierte Sprachsteuerung. Doch stellen Sicherheitslücken eine potenzielle Gefahr für Fahrzeugsicherheit und Datenschutz dar.

Die Regierung strebt ein Treuhändermodell an, das Zugriffsbedürfnisse der Nutzer, privater Anbieter, des Staates und der Hersteller berücksichtigt. Strafverfolgungsbehörden könnten über einen staatlichen Treuhänder wie das KBA aus der Ferne auf die Fahrzeuge und ihre Daten zugreifen. Bewegungsprofile ließen sich anhand der übermittelten Positionsdaten ebenfalls erstellen.

Die Prüfungsgesellschaften fordern direkten Datenzugriff für einen unabhängigen Zugang zu den prüfungsrelevanten Daten und Diagnosefunktionen im Fahrzeug. Auch nach Ansicht der Datenschützer müssen die Autodaten überhaupt nicht auf einem neutralen Server bereitgehalten werden. Sinnvoller wäre aus Sicherheitsgründen ein direkter Zugriff auf die Daten im Auto.

Der Autoindustrie gefällt das Treuhänder-Modell jedoch gar nicht. Sie will weiterhin nur über ihre eigenen Server den einzigen Zugang zu den vernetzten Autos kontrollieren. Die Industrie hat aber kein Interesse daran, den offenen Zugriff auf ihre Daten zuzulassen. Die Datensouveränität und -hoheit liegt immer beim Nutzer, denn der Nutzer des Fahrzeugs ist auch Eigentümer der Daten. Und das muß auch so bleiben.

<https://www.golem.de/news/vernetzte-fahrzeuge-der-streit-um-die-autodaten-2210-169293.html> 31.10.22

Zustandsbericht der Bahn

In welchem schlechtem Zustand Gleise, Brücken, Weichen und Stellwerke sind, legt ein interner Bericht der Bahn offen. Erstmals wurde das mehr als 33.000 Kilometer lange Netz der Bahn mit allen Brücken, Tunneln, Gleisen, Bahnübergängen, Stellwerken und Oberleitungen bewertet. Nach dieser Zählung sind 26% aller Weichen der Bahn derzeit in einem schlechten, mangelhaften oder ungenügenden Zustand, ebenso 11% aller Brücken, 22% der Oberleitungen, 23% der Gleise, 42% aller Bahnübergänge und 48% aller Stellwerke.

Die notwendigen Sanierungen kosten demnach rund 89 Milliarden Euro. Bis zum Jahr 2029 stellt der Bund der Bahn nun insgesamt 86 Milliarden Euro für Sanierung und Instandhaltung zur Verfügung.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/deutsche-bahn-bericht-101.html>
16.3.23

Rechnungshof zur Bahn

Der Bundesrechnungshof geht mit der Deutschen Bahn (DB) und dem Bund als deren Eigentümer scharf ins Gericht. Die Krise der DB AG wird chronisch, der Konzern entwickelt sich zu einem Sanierungsfall, der das gesamte System Eisenbahn gefährdet. Der Konzern müsse wirksam, umfassend und schnell umstrukturieren.

Der Bund müsse sich die Kontrolle über das Schienennetz zurückholen. Der Bundesrechnungshof fordert deshalb eine Zerschlagung des Bahnkonzerns. Das Schienennetz sowie die Bahnhöfe sollten in einem eigenständigen Unternehmen gebündelt werden, auf das der Staat direkten Zugriff habe, am besten in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Das Unternehmen müsste dann unabhängig von der Deutschen Bahn die umfangreiche Generalsanierung sowie die Instandhaltung und Erweiterung des Schienennetzes steuern.

Auch die enorme Verschuldung muß der Staat als Eigentümer angehen. Inzwischen hat der Konzern einen Schuldenberg von mehr als 30 Milliarden Euro angehäuft.

Auch die internationalen Aktivitäten des Konzerns sind den Kontrolleuren ein Dorn im Auge. Dabei geht es sowohl um die Logistiktochtergesellschaft Schenker, die die Bahn nun verkaufen soll, als auch um Auslandsaufträge in Ägypten, Indien oder Kanada, wo der Staatskonzern beim Aufbau und beim Betrieb von Bahnsystemen behilflich ist. Die Bahn solle sich lieber auf ihre inländischen Aufgaben konzentrieren.

Quelle: FAZ, 16.3.23

Abgaswerte

Der internationale Umweltforschungsverbund ICCT hat bei einer übergreifenden Analyse von Tests und Studien aus mehreren Jahren einen deutlich zu hohen Abgasausstoß vieler Dieselautos in Europa festgestellt. 85% der Euro-5- und 77% der Euro-6-Diesels haben "verdächtig hohe Emissionen". In 40% der Fälle hätten sich sogar "extreme" Werte für gesundheitsschädliche Stickoxide ergeben. Die Zahlen basieren auf einer großen Testdatenbank sowie Zweitauswertungen zu Abgastests von Behörden und Organisationen, die seit 2016 liefen. Dabei berücksichtigen die Wissenschaftler größtenteils Abgaswerte von vorbeifahrender Wagen vom Straßenrand aus, aber auch Tests mit mobilen Messgeräten am Auspuff. Der Verband der Automobilindustrie äußerte Kritik an der Auswahl der Fahrzeuge und auf längst überholten Daten.

Quelle: NOZ, 24.3.23

Neue Abgas-Messungen an 235 LKWs auf der Straße zeigen auch 3 Jahre nach den aufgedeckten Manipulationen der LKW-Abgasreinigung Hinweise auf illegale Abschaltvorrichtungen durch die Betreiber selbst bei neuen Lkw der Abgasstufen Euro V und Euro VI. Fast jeder zweite LKW zeigt überhöhte Stickoxidemissionen. Anlass für die neuen Messungen war unter anderem der gestiegene AdBlue-Preis und die daraus folgende Annahme der zunehmenden Verwendung von illegalen AdBlue-Emulatoren. Durch den Einbau eines Emulators wird die Funktion des Katalysators verringert, indem die Zufuhr des erforderlichen Harnstoffs AdBlue reduziert oder ganz eingestellt wird. Während Länder wie Dänemark die realen Abgasemissionen von LKW kontrollieren und bei Verstößen hohe Strafen verfügen, ist das deutsche Bundesverkehrsministerium offensichtlich die Gesundheit der Menschen nicht so wichtig. Es ist ein Skandal, daß keine wirksamen Kontrollen stattfinden. In der Spitze wurden von der DUH Lkw mit bis zu 22-facher Grenzwertüberschreitung gemessen.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/fast-jeder-zweite-lkw-zeigt-ueberhoehte-stickoxidemissionen/> 7.1.23

<https://l.duh.de/p230105>

<https://www.duh.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/alarmierende-abgasmessungen-der-deutschen-umwelthilfe-fast-jeder-zweite-lkw-zeigt-ueberhoehte-stickox/>

EU-Parlament beschließt Verbrenner-Aus

Das EU-Parlament hat für das Verbrenner-Aus gestimmt. Damit wird es ab 2035 keine Neuzulassungen von Autos und leichten Nutzfahrzeugen mit Verbrennungsmotor in der EU mehr geben. Weltweit wird Diesel und Benzin auch danach noch eine größere Rolle spielen.

Kurz vor der Abstimmung haben insbesondere Industrieverbände, die sich für die Verwendung von synthetischen Kraftstoffen einsetzen, für eine Ablehnung des Vorschlags lobbyiert. Die EU-Mitgliedsstaaten hatten den Vereinbarungen bereits im November 2022 förmlich zugestimmt. Die FDP hat nun schnell noch die Einführung einer Fahrzeugklasse in der EU durchgesetzt, die ausschließlich eFuels tanken kann

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/mobilitaet/eu-parlament-beschliesst-verbrenner-aus/> 14.2.23

EU weicht Eigenkapitalregeln für Banken auf

Die von den EU-Finanzministern für die Umsetzung ins europäische Recht erwogenen Abweichungen von den Basel-III-Eigenkapitalregeln seien „extrem beunruhigend“, schrieben die Topregulierer von Europäischer Zentralbank (EZB) und Bankenaufsicht (EBA). Die EU-Kommission hatte schon wegen der massiven Lobbyarbeit von Banken und Staaten mehrfach den Vorschlag für die Umsetzung von Basel III vom Oktober 2021 verschoben und den Banken eine Übergangsfrist bis 2030 zugestanden. Die Regeln selbst sollen nach dem Vorschlag 2025 in Kraft treten.

Quelle: FAZ, 9.11.22

Zinsen der Notenbanken

Die Erhöhung der Zinsen durch die Zentralbanken ist nötig, damit die Inflation der Verbraucherpreise nicht weiter zunimmt. Die Erhöhung der Eigenkapitalquoten der Banken ist ein wichtiger Schritt, um Finanzkrisen zu bekämpfen.

Zu einem plötzlichen Zusammenbruch der US-amerikanischen „Silicon Valley Bank“ kam es, nachdem sie enorme Mengen festverzinslicher Anleihen gekauft und behalten hatte.

Seit das Zinsniveau immer weiter steigt, sind diese niedrig verzinsten Papiere immer weniger wert. Das schwindende Vermögen ruinierte die Bank.

Andere Geldhäuser, die groß im Krypto-Geschäft investiert hatten, gingen ebenso pleite. Der Preis für die Absicherungen gegen Zahlungsausfälle bei Credit-Suisse-Anleihen ist Anfang März 2023 auf einen Rekordstand geklettert. Die Bank wurde dann von einer anderen Schweizer Großbank übernommen.

Neben Crédit Suisse gehören die französischen Société Générale, BNP Paribas, die italienische Monte dei Paschi und UniCredit zu den Banken, deren Aktienhandel der Pan-European Stoxx-Index an diesem Mittwoch inmitten einer massiven Verkaufswelle aussetzte.

Die Finanzwende fordert, daß Banken mindestens 10% der Bilanzsumme als Eigenkapital vorweisen müssen. Der sogenannte Basel-III-Kompromiss ist das Ergebnis einer Lobbykampagne von Banken und ihren Verbänden. Krisenfest werden Banken nur, wenn es strengere Auflagen für Eigenkapital gibt.

Quelle: <https://www.finanzwende.de/themen/finanzlobbyismus/was-das-lobbyregister-ueber-die-finanzlobby-verraet/wie-sich-die-bankenlobby-gegen-stroengere-regeln-wehrt/> 16.2.23

Trotz der Turbulenzen im Bankensektor hat die EZB den Leitzins im Euroraum auf 3,5% erhöht. Höhere Teuerungsraten schmälern die Kaufkraft von Verbraucherinnen und Verbrauchern, sie können sich für einen Euro weniger leisten. Steigende Zinsen können hohen Teuerungsraten entgegenwirken, weil sich Kredite verteuern und das die Nachfrage bremst.

Quelle: <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ezb-zinzerhoehung-103.html> 16.3.23

Auch die US-Notenbank Fed erhöhte den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf die neue Spanne von 4,75 bis 5,0%.

Quelle: <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/us-notenbank-fed-erhoeht-leitzins-um-0-25-prozentpunkte-18768762.html> 22.3.23

Cum-ex-Steuergeldaffäre

In der Cum-ex-Steuergeldaffäre rund um die Privatbank M.M. Warburg muss Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht mit Ermittlungen wegen uneidlicher Falschaussage rechnen. Scholz hatte vor dem Finanzausschuss im Deutschen Bundestag und dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) der Hamburgischen Bürgerschaft unterschiedliche Angaben zu seiner Erinnerung an Treffen mit den Warburg-Bankiers Christian Olearius und Max Warburg in den Jahren 2016 und 2017 gemacht. Die Generalstaatsanwaltschaft konnte aus den Protokollen "kein konkretes Erinnerungsvermögen" von Scholz herleiten. Dessen Äußerungen seien objektiv mehrdeutig. Zudem ist es laut der Strafverfolgungsbehörde nicht auszuschließen, daß sich die Erinnerungslücken, auf die sich Scholz im PUA berufen hat, erst nach seinen Aussagen im Finanzausschuss verfestigt hätten.

Quelle: FAZ, 7.3.23

Strommarktdesign

Auf Grund der hohen Inflation gab es Forderungen, den Preisbildungsmechanismus auf den EU-Energiemärkten auszuhebeln oder aber den Strompreis zu deckeln. Doch gerade der Strompreisdeckel ist die Ursache dafür, daß zu wenig Strom eingespart wird. Das verschärft das Problem. Hohe Preise sind immer Knappheitssignale, die wirken müssen. Das „Merit Order“-Prinzip als Preisbildungsmechanismus funktioniert an sich. Das Strommarktdesign muss in der Tat überarbeitet und reformiert werden, weil das jetzige

System nicht ausreichend in der Lage ist, den klimapolitisch notwendigen Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben. Der Ausbau erneuerbarer Energien muß sich am Markt lohnen. Nötig sind Speicher, Lastmanagementsysteme und unterschiedliche Marktflexibilitäten wie auch Nachfrageanpassungen.

Beispielsweise würden sogenannte Differenzverträge (Carbon Contracts for Difference) schwankende Strompreise ausgleichen und damit bei aktuell stark steigenden Strombörsenpreisen Stromkunden nicht so stark belasten, da die „Übergewinne“ gar nicht erst entstehen würden.

Quelle: DIW Wochenbericht 36 / 2022, S. 468 https://www.diw.de/de/diw_01.c.851997.de/publikationen/wochenberichte/2022_36_3/drei_auswege_aus_der_strompreis-misere__kommentar.html

Commercial Courts geplant

Die Ampelregierung will den Aufbau von englischsprachigen Handelsgerichtskammern für internationale Handels- und Wirtschaftsstreitigkeiten an ihren Oberlandesgerichten einrichten. Ab einem Streitwert von einer Million Euro sollen diese Sondergerichte künftig die Eingangsinstanz für komplexe Prozesse sein. Vorgesehen ist, daß die Parteien ein Wortprotokoll über den Verfahrensablauf erhalten. Bisher ist dies in privaten Schiedsgerichtsverfahren üblich, die Konzerne und Mittelständler bevorzugt zur Beilegung von Handelskonflikten und Streitigkeiten nach Unternehmenskäufen (M&A) nutzen. In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2020 die bundesweit ersten Commercial Courts an den Landgerichten Stuttgart und Mannheim eingerichtet, sowie in zweiter Instanz an den Oberlandesgerichten. In Nordrhein-Westfalen wurde zum Jahresbeginn 2022 an vier Landgerichten die Möglichkeit für Streitigkeiten aus M&A, IT und erneuerbaren Energien eingerichtet. An der Spezialekammer in Düsseldorf, wo M&A-Streitigkeiten ab einem Streitwert von mehr als 500.000 Euro gebündelt werden, gingen in einem Jahr 10 Fälle ein. Am Landgericht Köln liegt die Zahl im einstelligen Bereich.

Quelle: FAZ, 23.1.23

Emissionshandel

Mit dem amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) wollen die USA mit dem 369-Milliarden-Dollar-Paket die Energiewende vorantreiben und die Ansiedlung dafür wichtiger Fabriken fördern. Die amerikanische Regierung macht das, weil sie weiß, daß sie einen CO₂-Preis auf Bundesebene politisch nicht durchsetzen kann.

Das europäische Klimapakete belegt den CO₂-Ausstoß mit Hilfe des Emissionshandels mit einem Preis. Das ist der effizientere Weg. Seit 2005 fallen die Emissionen der Stromerzeuger und der Großindustrie unter den Emissionshandel. Später kam ein Teil des Luftverkehrs hinzu.

Durch den Emissionshandel ist der Ausstoß in den betroffenen Sektoren zuverlässig gesunken. Deshalb hat die EU vereinbart, den Emissionshandel auszuweiten. Auch kleine Unternehmen, die Schifffahrt, Abfallverbrennungsanlagen sowie Straßenverkehr und Gebäude sollen künftig für ihren CO₂-Ausstoß bezahlen. Damit gibt es für 80% statt wie bisher für 40% der Emissionen in der EU einen CO₂-Preis. Allerdings wird der Emissionshandel für Gebäude und Straßenverkehr noch getrennt vom bestehenden Emissionshandel laufen.

Diese Ausweitung des EU-Emissionshandels auf Gebäude und den Straßenverkehr ab 2027 war sehr umstritten. Große Teile des EU-Parlaments, allen voran Grüne und Sozialdemokraten, aber auch Länder wie Frankreich haben sich lange dagegen gesperrt. Sie argumentierten vor allem, daß sozial schwache Haushalte nicht die Mittel haben, um auf hohe CO₂-Preise mit dem Einbau neuer Heizungen oder dem Kauf von E-Autos zu

reagieren. Hier soll ein mit insgesamt 87,7 Milliarden Euro ausgestatteter Klimasozialfonds helfen. Zudem wird der CO₂-Preis in den neuen Bereichen bis 2030 auf 45 Euro je Tonne CO₂ gedeckelt. Das ist weniger als die Hälfte des Preises, den die Industrie dann zahlen muß. Es entspricht einem Aufschlag von 9 Cent je Liter Benzin und 11 Cent je Liter Diesel. Dieser Emissionshandel für Gebäude und Straßenverkehr ist nur ein vorsichtiger Einstieg in den CO₂-Preis für diese Sektoren. Deshalb braucht die EU auch weitere Instrumente, um ihre Klimaziele zu erreichen.

Quelle: FAZ, 23.3.23

CO₂-Grenzausgleichsmechanismus

Das EU-Parlament, der Rat und die Europäische Kommission haben sich darauf geeinigt, das Europäische Emissionshandelssystem (Emissions Trading System/ETS) zu überarbeiten. Es wird auf die Bereiche Verkehr und Gebäude ausgeweitet, außerdem wird ein neuer Klima-Sozialfonds eingeführt. Auch hat man noch offene Punkte des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) finalisiert. Das Verhandlungsergebnis sendet ein klares Signal an die Industrie, ihre Emissionen zu reduzieren.

Der Kompromiss sieht auch die Einführung eines zweiten Emissionshandelssystems (ETS₂) für Gebäude und Verkehr ab 2027 vor. Parallel dazu wird ein neuer Klima-Sozialfonds geschaffen, der in Höhe von 86,7 Milliarden Euro ab 2026 für Strukturinvestitionen und zur Senkung der Energierechnungen von Haushalten eingesetzt werden wird. Die Berücksichtigung des Verkehr- und Gebäudebereichs wird eine besondere Belastung für die sozial schwachen Haushalte mit sich bringen. Leider haben die EU-Mitgliedsstaaten in den Verhandlungen durchsetzen können, den im ursprünglichen Kommissionsvorschlag vorgesehenen Umfang des Klima-Sozialfonds deutlich zu reduzieren.

Die Industrie muss sich auf ein Ende der kostenlosen Verschmutzungszertifikate einstellen. Im Gegenzug wird sie durch eine Grenzausgleichssteuer für CO₂, dem CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), vor der Billigkonkurrenz aus dem Ausland geschützt. Das sind harte aber zielführende Einschnitte, denn sie ermöglichen eine Ökologisierung des gesamten Weltmarkts. Externe Kosten werden für alle Einfuhren nach Europa internalisiert.

Die Einigung sieht vor, fast 50% der kostenfreien Zuteilungen an CO₂-Zertifikaten bis zum Jahr 2030 zu streichen. Ab 2034 wird es gar keine freien Zuteilungen mehr geben für die Sektoren, die von CBAM abgedeckt werden. Anfangs sind dies Zement, Eisen und Stahl, Aluminium, Düngemittel sowie Strom und Wasserstoff. Im Jahr 2030 prüft die Kommission dann die Erweiterung von CBAM auf organische Chemikalien und Kunststoffe.

Quelle: <https://www.oedp.de/aktuelles/pressemitteilungen/newsdetails/news/einigung-ueber-das-eu-klimaschutzpaket> 23.12.22

IRA

Durch die Einführung des „Inflation Reduction Act“ durch US-Präsident Biden, ein Klimaschutz-Subventionsprogramm gegen den Klimawandel werden 370 Milliarden Dollar für den Bau von Windkraftanlagen, Solarzellen und Elektrofahrzeugen ausgegeben. Insbesondere soll auch der Aufbau einer Industrie für Klimaschutztechnologien befördert werden. Zusätzlich wird eine CO₂-Einfuhrsteuer für Stahl und Aluminium diskutiert, sollten diese nicht CO₂ frei hergestellt werden.

Jetzt laufen Regierungschefs aus der EU, die im Klimaschutz bisher völlig versagt haben, gegen Bidens Pläne Sturm und fordern sogar Anklage vor der WTO wegen unerlaubter Subventionen und drohen mit Handelskrieg. Die Solarzölle, die in der EU gegen die chinesischen PV-Konkurrenz im letzten Jahrzehnt erst viel zu spät erhoben hat, haben den

Niedergang der europäischen Solarindustrie nicht aufhalten können. Stattdessen schrumpfte der Solarmarkt in der EU massiv. Zölle gegen US-PV-Hersteller würden nur zur Zementierung der Abhängigkeit von chinesischer Solartechnologie führen.

Quelle: <https://www.sonnenseite.com/de/politik/eu-regierungschefs-drohen-mit-handelskrieg-gegen-die-us-klimaschutzsubventionen/> 13.12.22

Sieben EU-Staaten lehnen EU-Schulden ab

Die EU-Kommission erwägt, die Antwort auf den US-Inflation Reduction Act über gemeinsame EU-Schulden (mit RFF-Mitteln) zu finanzieren. Sieben Mitgliedsstaaten haben diesem Vorgehen allerdings in einem Schreiben an die Kommission bereits eine Absage erteilt.

Das Schreiben, das auf den 26.1.23 datiert ist, wurde von der Tschechischen Republik, Dänemark, Finnland, Österreich, Irland, Estland und der Slowakei unterzeichnet. Deutschland, die Niederlande und Belgien haben das Schreiben zwar nicht unterzeichnet, lehnen aber ebenfalls die Aufnahme von neue gemeinsamen EU-Schulden ab.

Quelle: <https://www.euractiv.de/section/energie-und-umwelt/news/sieben-eu-staaten-lehnen-weitere-eu-schulden-ab/> 30.1.23